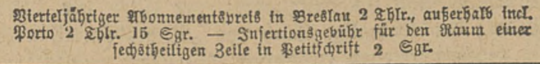
Breslauer  Zeitung.


Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 64. Mittag-Ausgabe. Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 7. Februar 1874.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

45. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 6. Februar).

10 Uhr. Am Ministertisch Camphausen, Graf zu Eulenburg, Leonhardt, Falk und Achenbach mit zahlreichen Commissarien.

Die Minister der Finanzen und des Handels haben einen Gesetzentwurf betreffend die Vollendung der Bahnen von Hanau nach Offenbach, von Tilsit nach Memel, von Arnsdorf nach Gassen eingebracht. Ein Schreiben des Abg. Wendorff, welcher fragt, ob wegen seiner Ernennung zum Mitgliede des Verwaltungsgerichtes in Stralsund sein Mandat erloschen sei, wird der Geschäftsordnungs-Commission überwiesen.

Darauf beginnt die dritte Berathung des Staatshaushalts-Etats für 1874, der eine gedruckte Zusammenstellung der ursprünglichen Regierungsvorlage und der Beschlüsse der zweiten Berathung zu Grunde gelegt wird. Dazu treten noch der gestern mitgetheilte Nachtrag, der in seinen vier Positionen auf den mündlichen Bericht der Budget-Commission hin genehmigt wird, und einige etwaige Anträge aus der Mitte des Hauses, dessen Mehrheit jedoch wenig Neigung zeigt, Zeit auf ihre Erörterung zu verwenden und die Beschlüsse der zweiten Berathung zu ändern. Die dritte Lesung nimmt daher einen sehr raschen und glatten Verlauf.

Genehmigt wird folgende Resolution des Abg. Frentzel zum Etat der Domänen-Verwaltung: „Die Staats-Regierung aufzufordern, das aus den Staatsforsten zum Verkauf kommende Holz innerhalb acht Tagen von dem Zuschlage an gerechnet an Ort und Stelle dem Käufer zu überliefern und bis zu dem Zeitpunkte der erfolgten Ueberlieferung an Ort und Stelle die Gefahr zu tragen.“

Zum Capitel 5 des Etats des Finanzministeriums (directe Steuern) fordert der gestern eingebrachte Nachtrag 216,000 Thlr. mehr für die Veranlagung und Erhebung der Klassen- und Einkommensteuer, welcher Betrag durch die vom Abgeordneten Rickert beantragte Erhöhung der Erhebungsentschädigung für Communen mehr erforderlich ist. Die Position wird dem Antrage der Budget-Commission gemäß genehmigt.

Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung fügt derselbe Nachtragsetat der Einnahme-Position von 700,000 Thlrn. (Rückzahlungen auf die zur Abhilfe des Nothstandes in Ostpreußen gewährten Darlehne) noch 225,000 Thaler hinzu, weil diese Summe durch die im Jahre 1874 fälligen Rückzahlungen erreicht werden würde. Die Position wird bewilligt, desgleichen die in dem Nachtrage geforderte Summe von 600,000 Thlr. zur Ablösung von Passivrenten und anderen Verpflichtungen.

Im Etat des Ministeriums des Innern hatte das Haus in zweiter Berathung beschlossen die königlichen Polizei-Verwaltungen in Göttingen, Celle, Hanau, Marburg und Fulda nur auf ein halbes Jahr bis zum 1. Juli zu bewilligen. Heute beantragen Köhler (Göttingen) und Genossen diesen Beschluß wieder aufzuheben und die Kosten der in Rede stehenden Polizeiverwaltungen für ein ganzes Jahr zu bewilligen. Zu dieser Position lagen zwei Petitionen vor aus Marburg und Göttingen, welche ebenfalls die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltungen wünschen.

Für den Antrag Köhler tritt der Minister des Innern ein: Die Staats-Regierung hat durchaus nicht die principielle Neigung, möglichst viele Polizeiverwaltungen in ihrer Hand zu vereinigen, nur wünscht sie, in jeder Provinz allerdings eine königliche Polizeiverwaltung zu haben und die bestehenden aufrecht zu erhalten, zumal, wenn noch gewisse combinirte Gründe, wie im vorliegenden Falle hinzutreten. Würde ein Antrag der Städte vorliegen auf Umwandlung der königlichen in städtische Polizei, so würde die Regierung ihn nicht principiell abweisen; aber es liegen aus allen diesen Städten Petitionen um Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes vor. Sprechen sonach praktische Gründe dafür, so ist andererseits der gefaßte Beschluß des Hauses formell nicht unbedenklich. Die Polizeiverwaltungen sind in Hannover und Hessen durch landesherrliche Verordnungen eingeführt auf Grund bestehendender Gesetze, also wohl nicht durch einen einfachen Beschluß beim Etat zu beseitigen. Der früher beigefügte Passus „künftig wegfallend“ hat nach Auffassung der Regierung auch nur bedeutet, dieselbe zu erinnern, darüber nachzudenken, ob diese Stellen nicht beseitigt werden könnten. Ich kann Sie aus diesen Gründen nur bitten, die ursprüngliche Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Der Finanzminister: Auch ich schließe mich dieser Bitte an. Kommen sonst städtische Interessen hier im Hause in Frage, so begegnet man denselben mit dem größten Wohlwollen; dieser Beschluß hingegen erscheint mir geradezu eine Härte gegen die Städte. Die Regierung ist gerne bereit die Frage wegen der Fortdauer dieser Stellen einer Prüfung zu unterwerfen: doch es wäre ein unerwünschter Präcedenzfall, in der Mitte des Jahres einen bestehenden Zustand zu unterbrechen; es entspricht dies wohl nicht der Stellung des Hauses der Regierung gegenüber. Wenn wir Sie ersuchen, weil wichtige staatliche Interessen es erfordern, die Regierungsposition unverändert zu genehmigen, so haben wir wohl bei der geringen finanziellen Bedeutung der Sache einen Anspruch darauf, daß Sie einer Regierung nicht ablehnend entgegentreten, der Sie doch im Großen und Ganzen Ihr Vertrauen schenken.

Abge. Weber (Erfurt) berichtet über Petitionen aus Göttingen und Marburg, die inzwischen eingetroffen sind und um das Fortbestehen der königl. Polizei-Verwaltung bitten; die aus Marburg führt eine so ängstliche Sprache und traut der städtischen Behörde so wenig die Kraft zu, die Executivpolizei mit genügender Autorität den Studirenden gegenüber zu vertreten, daß man diese Behörde „ins Wasser schmeißen sollte“, damit sie schwimmen lerne.

Abg. Lasker: Jede Polizei, ob staatliche oder städtische, muß im Sinne der Staatsregierung handeln und den Gesetzen Gehorsam schaffen. Leistet sie das nicht, so hat die Regierung das Recht, die städtische Polizei durch einen Commissarius verwalten zu lassen und es kann sich nur darum handeln, ob der Staat oder die Stadt die Kosten dieser commissarischen Polizeiverwaltung zu tragen hat. Die Frage ist: sollen wir, da die Polizei ein Theil der Selbstverwaltung ist, keine Stadt durch Staatszuschüsse bevorzugen, wenn nicht dafür die besonderen Verhältnisse einer Stadt, wie z. B. Berlins sprechen. Dem Minister des Innern erwiedere ich, daß die Bezeichnung „künftig wegfallend“ nicht den Zweck hat, die Regierung zum Nachdenken darüber aufzufordern, ob es zweckmäßig sei, eine Stelle in Zukunft nicht wieder zu besetzen, sondern ist die Berechtigung zu nehmen, sie bei eintretender Vacanz wieder zu besetzen. Ferner enthalten die Gesetze, auf Grund deren die königlichen Polizeiverwaltungen eingesetzt sind, nur eine ganz allgemeine Ermächtigung für den Landesherrn. Die Liberalen haben stets gefordert, durch Basirung großer Organisationen auf Gesetze dieselben fester und sicherer zu begründen, von den Altconservativen ist jedoch jederzeit der stärkere Accent auf die jedesmalige Feststellung durch das Budget angeblich im Interesse der Regierung gelegt worden. Wir sind daher vollkommen berechtigt, in allen Fällen, wo das Gesetz nur eine allgemeine Ermächtigung giebt, durch einen Strich im Budget solche Stellen aus der Welt zu schaffen; welchen Gebrauch wir von diesem Rechte machen werden, hängt von unserer reiflichen Erwägung ab.

Der Minister des Innern: Ich muß dagegen bemerken, daß in Hannover die Städteordnung bestimmt, durch landesherrliche Verordnung könne eine königliche Polizei-Verwaltung eingerichtet werden, ebenso in Hessen. In den beregten Städten ist die Einsetzung auf Grund einer landesherrlichen Verordnung erfolgt; hat sonach einen gesetzlichen Charakter.

Der Finanzminister: Ich will die Frage über die vom Abgeordneten Lasker behauptete Berechtigung des Hauses nicht in ihren constitutionellen Consequenzen erörtern. Selbst vorausgesetzt, daß Sie dies Recht haben, will ich Sie bitten, die Freundlichkeit uns zu beweisen und die Regierungsposition zu bewilligen: wir sind überzeugt, daß wir die Interessen der Universität und der Commune Göttingen, wie auch der andern Städte, vornehmlich aus financiellen Erwägungen, bedeutend schädigen würden durch Beseitigung der königlichen Polizeiverwaltungen. Ich bitte Sie daher, die Regierungsvorlage zu genehmigen, wir werden gern und ernstlich prüfen, ob sich für die Zukunft eine Aenderung empfiehlt.

Die Regierungsposition wird darauf entgegengesetzt den Beschlüssen der zweiten Lesung wieder hergestellt.

Zum Cap. 99 desselben Etats (Landgensd'armerie) beantragt der Abg. Hundt v. Hafften, daß unter Wiederaufhebung des Beschlusses der zweiten Berathung (Absetzung von 5500 Thlrn. als Erhöhung der Besoldung von 11 Brigadiers) die von der Staatsregierung geforderten Summen zu bewilligen sind, weil bei der allgemeinen Gehaltsaufbesserung die Brigadiers nicht berücksichtigt sind, die bei ihren zahlreichen Dienstreisen vielfach aus ihrer Tasche zulegen müssen.

Abg. Richter (Hagen): Die Brigadiers haben 1700 Thlr. Gehalt, 300 Thaler Reisekosten, 3 Pferde und zwei Burschen für dieselben. Das sollte doch wohl genügen.

General v. Voigts-Rheetz spricht sich für den Antrag aus, weil die Brigadiers den Regiments-Commandeuren gleichstehen, welche letztere 2600 Thlr. Gehalt haben.

Nachdem noch der Abg. v. d. Goltz sich für die Aufrechterhaltung der früheren Beschlüsse ausgesprochen, wird der obige Antrag mit sehr großer Majorität abgelehnt und der Beschluß der zweiten Berathung bestätigt.

Im Etat des Ministeriums des Innern hatte das Haus ferner 2 Polizei-Inspectoren in den Kreisen Beuthen und Kattowitz nur auf ein halbes Jahr bewilligt. Heute beantragen Graf Bethusy-Huc und Genossen, dieselben auf ein ganzes Jahr zu bewilligen. Die Abgg. v. Brauchitsch und v. Kardorff motiviren dies mit den besonderen Verhältnissen der Kreise und vorzüglich mit ihrer Lage an der Grenze. Trotzdem sich auch der Minister des Innern für den Antrag ausgesprochen, wird derselbe abgelehnt.

Zum Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums beantragen v. Benda und Miquel: unter Aufhebung des Beschlusses in 2. Lesung die Regierungsvorlage wiederherzustellen, und demgemäß Capitel 106, Titel 1 zu bewilligen: sieben Dirigenten der General-Commissionen mit je 31,000 Thalern Gehalt. 56 Räthe mit 1400 Thalern bis 2000 Thalern, im Durchschnitt 1700 Thalern in Abstufungen von 100 Thalern; außerdem (künftig wegfallend) 200 Thaler persönlicher Zulage für Einen dieser Räthe, zusammen 117000 Thaler (darunter künftig wegfallend) 200 Thaler.

Handelsminister Dr. Achenbach empfiehlt den Antrag zur Annahme, weil er geeignet sei, die bisher in pecuniärer Beziehung stets zurückgesetzten landwirthschaftlichen Behörden auf gleiche Stufe mit den andern zu bringen. — Der Antrag wird genehmigt.

Entgegen dem Beschlusse der 2. Lesung streicht das Haus auf Antrag des Abgeordneten Richter (Hagen) die Summe von 51,000 Thlr. zu Prämien für Pferderennen.

Auf die Anfrage des nassauischen Abgeordneten Betreffs der Kirchenorganisation in Nassau bemerkt der Cultusminister, daß die bezüglichen Arbeiten bereits in Angriff genommen seien.

Den Titel 7a des Capitel 125 (196,137 Thlr. zu Schulaufsichts-Kosten, und zwar sowohl zu Remunerationen für commissarische Verwaltung von Schul-Inspectionen wie zu zeitweiligen Remunerationen für Schul-Inspectoren im Nebenamt) beantragt Abg. Richter (Hagen) zu zerlegen in; Titel 7a. Zu Schulaufsichtskosten, und zwar zu Remunerationen für die commissarische Verwaltung von Schulinspectionen 146,137 Thlr. Tit. 7b. Zu zeitweiligen Remunerationen für Schulinspectoren im Nebenamt 50,000 Thlr. Vermerk: Ersparnisse können zur Verstärkung von Titel 7a verwendet werden.

Graf Wintzingerode bittet, bei den Beschlüssen der zweiten Lesung stehen zu bleiben. Abg. Kiesel widerspricht. Auf den Wunsch des Cultusministers wird folgender im Nachtrags-Etat im Capitel 127 veränderte Tit. 3 gleichzeitig zur Debatte gestellt: Zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen und Lehrer 471,333 Thlr. (statt der ausgeworfenen 221,333 Thlr.).

Referent Wehrenpfennig weist darauf hin, daß in den wenigsten Fällen die Geistlichen den Verhältnissen angemessen besoldet würden und daß eine Erhöhung ihrer Gehälter Noth thue. Die Commission beantrage demzufolge, die von der Regierung im Nachtragsetat mehrgeforderten 250,000 Thlr., zur Verbesserung der Lage der Geistlichen, zu gewähren. Nur mache sie dabei den Vorbehalt, daß sie diesen Zuschuß unter veränderten Verhältnissen auch wieder verweigern dürfe, und das derselbe auch wirklich den Bedürfnissen gemäß verwendet werde, worüber die Regierung im nächsten Jahre Rechenschaft ablegen solle.

Cultusminister Dr. Falk: Ich bitte das Haus, bei den Beschlüssen der 2. Lesung stehen zu bleiben und die im Nachtragsetat geforderte Summe zu bewilligen. Die Regierung beabsichtigte mit der Remuneration der Schul-Inspection von Geistlichen indirect auch deren Verhältnisse zu bessern; das Haus schloß sich dieser Ansicht aber nicht an, sondern bewilligte die Position des Titels 7a nur als Besoldung für dem Staate geleistete Dienste. Die im Antrag Richter zu diesem Zwecke ausgeworfene Summe von 50,000 Thalern ist aber lange nicht groß genug, um nur den allerdringendsten Bedürfnissen zu genügen, während ich nicht in der Lage sein werde, die für commissarische Schulinspection ausgeworfenen 147,000 Thaler völlig zu verwenden. Es würde sich demnach empfehlen, entweder eine Uebertragbarkeit der beiden im Antrag Richter enthaltenen Titel zu gestatten, oder die in Titel b enthaltene Summe durch Verringerung der in Titel a ausgeworfenen, zu vermehren.

Ferner wünscht die Regierung die Bewilligung der im Nachtragsetat geforderten Summe zur Verbesserung der Lage der Geistlichen; nicht etwa als ob dieselben ein Recht dazu hätten, sondern lediglich in Rücksicht auf die dringende Noth vieler Geistlichen, die ich aus practischer Erfahrung kenne. Man erinnere sich auch, daß durch die Kirchengesetze, namentlich durch das über die Civilehe, die bisherigen Einnahmen der Geistlichen veringert werden, so daß der Staat Veranlassung hat, eine Entschädigung eintreten zu lassen. (Der Minister giebt eine Uebersicht der bereits eingetretenen oder noch beabsichtigten Erhöhung der Gehälter der Geistlichen und versichert, daß die Regierung nur nach Bedürfniß in Form von Zuschüssen, nicht etwa von Dotationen, die geforderte Summe verwenden und darüber im nächsten Jahre eine Vorlage machen werde.) Wenn ich Sie nochmals dringend um Bewilligung der 250,000 Thlr. bitte, so thue ich dies auch unter Hinweis auf die beständig abnehmende Zahl der Studirenden der Theologie und auf die allerdings nicht völlig begründete Erwartung der Geistlichen, daß der Staat zur baldigen Gehaltsverbesserung der Geistlichen verpflichtet sei. Ich bitte Sie, nicht um der Theorie willen die practischen Verhältnisse zu ignoriren. (Beifall.)

Abg. Lasker: Die Regierung möge nicht glauben, daß der in der zweiten Lesung gefaßte Beschluß über Titel 7a völlig den Intentionen des Hauses entsprochen habe; vielmehr stimmten viele Mitglieder noch unter dem Eindruck der von dem Herrn Grafen Wintzingerode gegen den Commissionsantrag gehaltenen Rede, nach welcher die Discussion geschlossen wurde, viele aus völligem Irrthum über die Motive der Regierungsvorlage. Da neulich der Herr Cultusminister die commissarische Schulinspection als die gegenwärtig am meisten anzuwendende hingestellt hatte, haben wir im Antrag Richter die bedeutende Summe von 147,000 Thlr. dafür ausgeworfen und für Remuneration von geistlichen Schulinspectoren nur 50,000 Thlr. Hätten wir gewußt, daß die letzte Summe dem Herrn Cultusminister zu gering sei, so wäre es uns auf eine mäßige Vermehrung derselben nicht angekommen. Gegen den Beschluß der 2. Lesung aber oder gegen die Uebertragbarkeit beider in dem Antrage enthaltenen Titel müssen wir energischen Widerspruch erheben, weil dadurch eine Verdunkelung der Verhältnisse eintreten würde, insofern die Summe dann ganz nach Belieben nur den Geistlichen zugewendet werden könnte unter völliger Vernachlässigung des Schulaufsichtsgesetzes. Das wollen wir aber nicht, sondern wir meinen, daß, wenn wir durch Bewilligung der im Nachtragsetat geforderten Summe die Lage der Geistlichen verbessert haben, wir nun auch etwas für die weltliche Schulinspection thun müssen. Darum bitte ich Sie, den Antrag Richter anzunehmen und damit den in 2. Lesung abgelehnten Antrag der Budget-Commission wieder herzustellen. (Beifall.)

Der im Nachtrag geforderte Zuschuß von 250,000 Thlr. für Geistliche aller Bekenntnisse wird gegen die Stimmen des Centrums und Richter's bewilligt und alsdann der Antrag Richter genehmigt.

Der Finanzminister wirft die Frage auf, ob die heute beschlossene Absetzung von 51,000 Thlr. zu Prämien bei Pferderennen als eine definitive zu betrachten sei. Ein Theil des Hauses habe den Eindruck, daß der Beschluß in einer Art von Ueberraschung gefaßt sei und der Vertreter der Regierung hat geschwiegen, weil er ihn für unmöglich hielt. Vielleicht wäre es möglich, die 51,000 Thlr. Prämien bei Pferderennen im Extraordinarium zu bewilligen.

Präsident v. Bennigsen und Abgeordneter Lasker constatiren, daß die Streichung der Prämien unzweifelhaft als eine definitive zu betrachten ist und der letztere fügt den Vorschlag hinzu, die abgesetzten 51,000 Thlr. nebst den heute ebenfalls gestrichenen 18,000 Thlr., in Summa rund 70,000 Thlr., den 600,000 Thlr. zur Ablösung von Passivrenten hinzuzufügen. Auf die Position selbst noch einmal zurückkommen wollen, hieße die Beschlußfassung in Budgetsachen geradezu verwirren. Legt die Regierung einen gar so besonderen Werth auf die Prämien von 51,000 Thlr., so mag sie deshalb einen besonderen Gesetzentwurf einbringen.

Abg. Windthorst (Meppen) beantragt sofort die 51,000 Thlr. nachträglich im Extraordinarium des landwirthschaftlichen Ministeriums zu bewilligen. (Gleichzeitig wollen Abg. Schellwitz und v. Donat dieselbe Summe an derselben Stelle bewilligen für Pferdezucht, nicht für Pferderennen. Sie ziehen ihren Antrag aber wieder zurück.) Das Haus geht jedoch auf den Antrag Laskers, über den Antrag Windthorst, den Minister Dr. Achenbach lebhaft befürwortet, zur Tagesordnung über.

Damit ist die dritte Berathung des Etats beendigt. Zur Abstimmung über den Etat im Ganzen und das Etatsgesetz bedarf es einer erneuerten Zusammenstellung der heute beschlossenen Abweichungen von dem Resultat der zweiten Berathung.

Um 3¼ Uhr vertragt sich das Haus bis Sonnabend 10 Uhr. (Schlußabstimmung über den Etat, erste Berathung des Gesetz-Entwurfes betreffend die Verwaltung erledigter Bisthümer und der Synodalordnung, Bericht über die Stadtbahn.)

Berlin, 6. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem Gen.-Lieutenant z. D. von Baumbach zu Breslau, bisher General-Major und Commandeur der 11. Cavallerie-Brigade, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Premier-Lieutenant von der Schulenburg im Brandenburgischen Husaren-Regiment (Zietensche Husaren) Nr. 3, dem Pastor Menzel zu Laugwitz im Kreise Brieg und dem Stadt-Hauptkassen-Buchhalter Gärtner zu Liegnitz den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Kreisgerichts-Salarienkassen-Rendanten, Rechnungs-Rath Roether zu Oppeln, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Berghäuer Carl Bettermann auf der combinirten Graf-Hochberg-Grube bei Waldenburg in Schlesien das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat den Director des Schullehrer-Seminars zu Eckernförde, Eismann, zum Regierungs-, Schul- und Consiorial-Rath ernannt; sowie dem General-Secretär des landwirthschaftlichen Centralvereins für Schlesien, Korn zu Breslau, den Titel Oekonomie-Rath, den Oekonomie-Commissarien Müllendorf zu Steinau a. O. und Ehrhardt zu Soest den Titel Oekonomie-Commissions-Rath und dem General-Commissions-Secretär Erdmann zu Hannover den Titel Kanzlei-Rath verliehen.

Es sind versetzt worden: der Ober-Postdirector, Geh. Postrath Petersohn von Posen nach Leipzig, der Ober-Postdirector Letz von Leipzig nach Hamburg, der Ober-Postdirector Schultze von Arnsberg nach Hannover, der Ober-Postdirector Schiffmann von Hannover nach Posen, der Postrath Heitling von Düsseldorf nach Münster i. W., der Postrath Blindow von Münster i. W. nach Frankfurt a. O. Ferner sind übertragen: dem Postrath Wentzel eine Postrathsstelle bei der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Berlin, dem Postrath zur Linde eine Postrathsstelle bei der Kaiserlichen Ober-Postdirection in Halle a. S. — Der Regierungs-, Schul- und Consistorial-Rath Eismann ist als etatsmäßiges Mitglied der Königlichen Regierung zu Potsdam überwiesen.

Dem Dr. Julius Friedländer zu Berlin und dem Ingenieur Peter Korfitz Moeller zu Leipzig ist unter dem 3. Februar 1874 ein Patent auf eine Cylinder-Druckmaschine für metallographischen Druck auf drei Jahre ertheilt worden.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichts-Assessor Grebin bei dem Kreisgericht zu Seehausen in der Altmark, mit der Function als Gerichts-Commissarius in Osterburg, der Gerichts-Assessor Barkow bei dem Kreisgericht in Stargard, mit der Function an der Gerichts-Deputation in Pyritz, und der Gerichts-Assessor Hauschteck bei dem Kreisgericht in Friedeberg, mit der Function als Gerichts-Commissarius in Neuwedell.

[Allgemeine Verfügung] vom 2. Februar 1874, — betreffend das Verfahren bei Beschlagnahme von Druckschriften.

In Bezug auf das Verfahren bei vorläufiger Beschlagnahme von Druckschriften hat der Justiz-Minister unter dem 25. November 1851 an sämmtliche Oberstaatsanwalte eine Verfügung erlassen, in welcher den Beamten der Staatsanwaltschaft die Anweisung ertheilt wurde:

1. von der ihnen zustehenden Befugniß, die von der Polizei-Behörde verhängte vorläufige Beschlagnahme einer Druckschrift wieder aufzuheben, in der Regel keinen Gebrauch zu machen;

2. in Fällen, wo die Aufhebung der Beschlagnahme von der Rathskammer angeordnet worden sei, gegen diesen Beschluß die zulässigen Rechtsmittel einzulegen, insofern ihnen ein hierauf gerichteter Wunsch der Polizeibehörde mitgetheilt würde.

Der Justiz-Minister sieht sich veranlaßt, die vorstehend erwähnten Anordnungen hiermit außer Kraft zu setzen, indem er in die Einsicht und Pflichttreue der Beamten der Staatsanwaltschaft das Vertrauen setzen zu können glaubt, daß sie von den ihnen gesetzlich eingeräumten Befugnissen einen der Sachlage des gerade vorliegenden Falles entsprechenden Gebrauch machen werden.

Berlin, den 2. Februar 1874.

Der Justiz-Minister. Leonhardt.

An sämmtliche Beamte der Staatsanwaltschaft.

Berlin, 6. Februar. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm auch in den letzten Tagen die laufenden Vorträge entgegen und empfingen die Meldungen einzelner hochgestellter Persönlichkeiten, sowie der anläßlich der Reichstagseröffnung hier eingetroffenen Fürstlichkeiten. Die täglichen Ausfahrten setzten Allerhöchstdieselben mit voller Regelmäßigkeit fort.

Im kaiserlichen Palais fand heute ein größeres Diner für die auf der Durchreise hier eingetroffenen großbritannischen Hofchargen, sowie für die Mitglieder des Bundesraths statt. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 6. Febr. [Die Schulaufsicht in der Rheinprovinz.] Namentlich aus der Rheinprovinz häufen sich die Klagen über den schädigenden Einfluß, den die Ausübung der Lokal-Schulinspection durch die Ortspfarrer auf die Verhältnisse der Schulen hat. Namentlich ist für die Behörden wiederholt die Nothwendigkeit hervorgetreten, mit verschärftem Nachdruck das Verbot des Heranziehens von Schulkindern zu kirchlichen Diensten oder Handlungen während der Schulzeit zu erneuern und unter die unmittelbare Aufsicht des Landraths zu stellen, da der bestehende Mißbrauch, den erlassenen Verordnungen zuwider, offen von den Lokal-Schulinspectoren begünstigt wird. Der schädigende Einfluß dieser Inspectoren ist auch bei den jüngsten Landtags- und Reichstagswahlen offen zu Tage getreten. Dieselben haben in ihrer Mehrzahl nicht nur mehr oder weniger offen für die staatsfeindlichen Bestrebungen des Ultramontanismus agitirt, sondern namentlich auch einen solchen Druck in dieser Beziehung auf ihre Lehrer geübt, daß nur wenige derselben den Muth und die Kraft gehabt haben, sich von diesem Einflusse zu emancipiren. Aus den Lehrerkreisen selbst sind darüber vielfach Klagen laut geworden. So lange die Ortspfarrer neben der ohnehin schon so bedeutenden kirchlichen Macht über die Lehrer, als Local-Schulinspectoren noch einen unmittelbaren Einfluß auf die Person des Lehrers auszuüben im Stande sind, werden sich die Lehrer nur schwer diesen staatsfeindlichen Einflüssen

entziehen können. Da nun außerdem die Art und Weise, wie diese Schulaufsicht practisch ausgeübt wird, im Allgemeinen als eine höchst mangelhafte bezeichnet werden muß, so liegt es im pädagogischen und politischen Interesse, diese Art der Local-Schulaufsicht grundsätzlich zu beseitigen. Demgemäß sind beispielsweise im Regierungs-Bezirk Cöln während des vorigen Quartals vier Pfarrer von der Local-Schulaufsicht entbunden, weil die Handhabung derselben offenbar zur Schädigung der Schulinteressen führte. Zwölf Pfarrern wurden die Local-Schulaufsicht entzogen, weil dieselben bei Gelegenheit der Landtagswahlen eine so feindselige Haltung gegen die Staatsregierung zu erkennen gaben, daß sie unmöglich in dem staatlichen Ehrenamte bleiben konnte. Endlich wurden in Folge von Anstellung unter Nichtbeachtung der Kirchengesetze an 7 Stellen das Recht der Local-Schulaufsicht den Pfarrern vorenthalten. — Dieselben Uebelstände, welche die bisherige Local-Schulaufsicht zur Folge hat, sind vielleicht noch in größerem Maße bei den geistlichen Kreis-Schulpflegern hervorzuheben. Praktische Unfähigkeit, Mangel an Eifer, staatsfeindlicher Confessionseifer machen es auch hier nothwendig, dieselben sobald als möglich durch besoldete staatliche Kreisschul-Inspectoren zu ersetzen, die dieses wichtige Amt nicht als Nebenamt bekleiden. Von Seiten der Provinzialbehörden sind in diesem Sinne bereits beim Cultusminister Anträge gestellt worden und der Minister hat, wie man hört, schon eine Verfügung an das Ober-Präsidium der Rheinprovinz erlassen, wonach das Institut der weltlichen Kreis-Schul-Inspectoren für die ganze Provinz geschaffen und die vorbereiteuden Schritte dazu schon jetzt eingeschlagen werden sollen.

= **Berlin**, 6. Februar. [Die Präsidentenwahl im Reichstage. — Die Abtheilungen. — Demonstration bei den Wahlen in Elsaß-Lothringen.] Der Bundesrath wird morgen zu einer Plenarsitzung zusammentreten. Voraussichtlich wird zu den Gegenständen der Berathung auch das Preßgesetz gehören. — Dem Ausgange der Präsidentenwahl im Reichstage sieht man begreiflicher Weise mit größter Spannung entgegen. Die Abg. v. Benda und Weigel haben sich persönlich zu dem Präsidenten Dr. Simson nach Frankfurt a. O. begeben, um denselben zu bestimmen, seine entschiedene ausgesprochene Verzichtleistung auf die Präsidentenwahl zurückzunehmen, vielmehr sich der Wahl nicht zu entziehen, da man ja seinen Urlaub bis zur Wiederkehr seiner Kräftigung verlängern und seine Functionen inzwischen durch den ersten Vicepräsidenten versehen lassen könnte. Mittlerweile trifft heute Mittag der Abg. v. Forckenbeck aus Breslau hier ein, auf dessen Eintritt in das Präsidium unter allen Umständen sich das allgemeine Augenmerk richtet, sei es nun für den nicht erwarteten Fall der aufrecht erhaltenen Ablehnung Simsons für die Stelle des ersten Präsidenten, sei es für die des ersten Vicepräsidenten, dem bei der Erkrankung Simsons zunächst dessen Obliegenheiten zufallen würden. Auch von dem Abgeordneten von Bennigsen war die Rede, doch hat dieser ganz entschieden abgelehnt, weil die gleichzeitige Führung des Vorsitzes in zwei Körperschaften seine physischen Kräfte übersteigen würde. Im Weiteren waren vielfach die Namen der Abgeordneten von Stauffenberg (bekanntlich Präsident der zweiten baierischen Kammer) und Dr. Hänel genannt; weniger als vor Beginn des Reichstages ist jetzt von dem Fürsten Hohenlohe die Rede. Heute Abend wird zunächst über das Resultat der Sendung an den Präsidenten Simson berichtet und die Frage zum Austrag gebracht werden. — Schon in den ersten Tagen der nächsten Woche wird der Reichstag in der Lage sein die ersten Berathungen einzelner ihm bereits zugegangener Vorlagen vornehmen zu können. — Darüber ist man bereits einig, daß die wichtigsten Gesetze, wie Militärgesetz, Preßgesetz, Gewerbeordnungsgesetz, an eine Commission verwiesen werden, und würde durch den Eintritt der Commissionsberathungen dann Raum für den Fortgang der Landtagsarbeiten gewonnen werden, deren Schwerpunkt mit der nächsten Woche in das Herrenhaus fallen wird. Im Abgeordnetenhause wird am Montag die Eisenbahnanleihe von 50 Millionen Thlrn. und auch die Berliner Stadtbahn zur Berathung kommen, für welche morgen schwerlich Raum bleiben wird. Es scheint nicht, daß sich die gleichzeitigen Arbeiten des Reichstages und Landtages länger als 8 Tage hindurch ermöglichen lassen, und es wird also bei der Vertagung des Landtages mit dem 14. d. M. sein Bewenden behalten. — Gleich nach Constituirung des Reichstages wird ein Antrag auf Freilassung der Abgg. Bebel und Liebknecht aus der Festung eingebracht werden. — Ein großer Theil der Abgeordneten für Elsaß-Lothringen hat hiesigen Freunden sein Erscheinen in der Reichstagssitznng am künftigen Montagt bereits melden lassen. — Die Sammlungen für die durch Ueberschwemmungen im Juli v. J. verunglückten Einwohner von Immenstadt sind noch immer nicht abgeschlossen; erst vorgestern ist im Bureau des Reichstages aus Mecklenburg-Schwerin die Summe von 300 Thlr. eingezahlt worden. — Im Reichstage haben sich die heute Abtheilungen constituirt. Zu Vorsitzenden und deren Stebvertretern, Schriftführern und deren Stellvertretern sind in den VII Abth. gewählt: 1) v. Stauffenberg, v. Kardorff, Rohland und Dr. Mayer (Donauwörth). 2) Dr. Löwe, Stephani, Buhl und Dohrn. 3) Bamberger, von Saucken-Tarputschen, Koch und Freiherr von Landsberg. 4) Völck, v. Bernuth, Frhr. v. Maltzahn, Eysoldt. 5) Marquardsen, Fürst Hohenlohe-Langenburg, Dr. Brockhaus, Bernards. 6) Dr. Friedenthal, Dickert, Valentin, Frankenburger. 7) Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, Dr. v. Schulte, v. Saucken-Julienfelde, Dr. Lieber. — Die Anhänger der Franzosenpartei in Elsaß-Lothringen haben ihre Lust am Demonstriren auch bei dem Wahlact nicht unterdrücken können; dieser Scherz dürfte aber leicht zu der schwerlich beabsichtigten Ungültigkeitserklärung mehrerer Mandate führen. Eine Unzahl von Stimmzetteln war nicht nur mit dem Namen des Druckers, sondern auch mit einer von außen sehr kenntlichen Abbildung einer Schwalbe versehen, dem üblichen Ausdruck der Sehnsucht nach der Heimath Frankreich. Diesen Kindereien wird im Reichstag der sehr nüchterne § 10 des Wahlgesetzes gegenüber gestellt werden, welcher also lautet: „Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Der Stimmzettel muß von weißem Papier und darf mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.“ Die Schwalbenzettel werden also wirklich der Heimath zufliegen, wahrscheinlich aber auch diejenigen mit ihnen, denen sie einen Platz im deutschen Reichstag sichern sollten. Die Elsaß-Lothringer werden sich daran gewöhnen müssen, daß man im deutschen Reiche ernste Dinge ernst behandelt.

[Lehrer Petsch †.] Der als Verfasser zahlreicher Bearbeitungen aus der Geschichte Berlins und der Mark Brandenburg bekannte Lehrer Wilhelm Petsch ist am Montag Abend hier gestorben.

[Die Aufhebung der Elisabeth-Central-Stiftung] ist nach dem Ableben der Protectorin, der verwittweten Königin Elisabeth, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, vom Kaiser genehmigt worden, so daß Anträge auf Unterstützungen aus diesem Fonds nicht mehr an das bisherige Stiftungs-Curatorium in Berlin, sondern an die Regierung desjenigen Bezirks, in welchem die Nachsuchung erfolgt, gerichtet werden sollen. Auch Hinsichts der, seit 1849, bei goldenen Hochzeiten üblichen Beschenkung der Jubel-Brautpaare mit Bibeln wird wohl eine Aenderung eintreten.

[Mennonitengesetz.] Dem Herrenhause ist folgender Entwurf zum Gesetz betreffend die Verhältnisse der Mennoniten übersendet worden:

§ 1. Mennonitengemeinden können durch gemeinschaftliche Verfügung der Minister der Justiz, des Innern und der geistlichen 2c. Angelegenheiten Corporationsrechte erlangen.

§ 2. Die Ertheilung der Corporationsrechte darf nicht versagt werden, wenn 1) der Bezirk der Gemeinde geographisch abgegrenzt ist, 2) nach der Zahl und Vermögenslage der dazu gehörigen Mitglieder anzunehmen ist, daß die Gemeinde den von ihr behufs Ausübung ihres Gottesdienstes nach ihren Grundsätzen voraussichtlich zu übernehmenden Verpflichtungen dauernd zu genügen im Stande sein wird, 3) in dem Statut der Gemeinde keine Festsetzungen getroffen sind, welche mit den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen im Widerspruch stehen.

§ 3. Die Vorschriften, nach welchen die Mennoniten bisher zu persönlichen Abgaben oder Leistungen an evangelische oder katholische Kirchensysteme verpflichtet gewesen sind, insbesondere das Edict, die künftige Einrichtung des Mennonitenwesens in sämmtlichen königlichen Provinzen exclusive des Herzogthums Schlesien betreffend, vom 30. Juli 1789 werden aufgehoben. Die Mennoniten sind zu Abgaben und Leistungen an die bezeichneten Kirchensysteme fortan nur in demselben Umfange verpflichtet, wie diejenigen Personen, welche aus einer der gedachten Kirchen zu einer anderen übergetreten sind.

Königsberg i. P., 5. Febr. [Zur Schifffahrt.] Die hiesige königl. Regierung hat folgende Bekanntmachung erlassen: Nach Versandung der Einsegelungs-Baaken-Linie im Pillauer Seegatt durch den Sturm am 26./27. Januar ist eine neue Einsegelungslinie in der Richtung Thurm und Mühle mit Boyen belegt. Am 2. Februar war in dieser neuen Einsegelungslinie 6,3 M. (20 Fuß) Wassertiefe bei 2,83 M. (9 Fuß) Wasserstand am Pegel. Mittlerer Wasserstand am Pegel ist 2,4 M. (7 Fuß 6 Zoll). Dampfschiffe fahren selbst ohne Lootsen durch die neue Fahrrinne ein.

Homburg, 6. Februar. [Selbstmord.] Ein Beamter der hiesigen Commerz- und Discontobank, der Leiter der Wechselstube derselben, Borgheim, hat sich, dem Vernehmen nach, heute Mittag erschossen. Ueber die Motive ist Zuverlässiges nicht bekannt.

Braunschweig, 4. Februar. [Einjährige Landtage und einjährige Finanzperiode.] Bei der heute im Landtage fortgesetzten Berathung über die Vorlage betreffs der Zusammensetzung desselben ist, wie die „Magdeb. Ztg.“ meldet, der von der Commission gestellte Antrag, das Ministerium zu ersuchen, eine Gesetzvorlage auszuarbeiten, durch welche einjährige Landtage und einjährige Finanzperioden eingeführt würden, mit großer Majorität angenommen worden. Für den Antrag der Commission wurden die zahlreichen Vertagungen geltend gemacht, herbeigeführt durch zu spätes Eingehen der Regierungsvorlagen. Gegnerischerseits wurde betont, daß die braunschweigische Landesversammlung doch eigentlich mehr den Charakter eines Provinzial-Landtages habe, und daß dieser Charakter durch die Folgen der Reichs-Gesetzgebung immer mehr hervortreten werde, also kein Grund vorliege, einjährige Landtage und einjährige Finanzperioden einzuführen.

Köln, 4. Februar. [Im erzbischöflichen Palais] erschien gestern, wie die „Köln. Volksztg.“ berichtet, Morgens 8½ Uhr der Exekutor nebst Schreiber, um zur Eintreibung von 1500 Thalern Strafgeldern und Kosten die Pfändung vorzunehmen. Es wurden dem pfändenden Beamten von der Dienerschaft diejenigen Mobiliargegenstände bezeichnet, welche nicht zum Inventar des erzbischöflichen Stuhles gehören. Das gesammte im Privateigenthum des Herrn Erzbischofs befindliche Mobiliar, bis auf die im Artikel 592 der Civilprozeß-Ordnung als unpfändbar ausgenommenen Gegenstände, wurde aufgezeichnet. Die Procedur dauerte vier Stunden. Am 20. d., Vormittags neun Uhr, wird der öffentliche Verkauf der gepfändeten Mobilien stattfinden. Der vom Herrn Erzbischof wider das erste der verurtheilenden Erkenntnisse der correctionellen Appellkammer des Landgerichts erhobene Cassationsrecurs harrt inzwischen noch immer seiner Erledigung.

Düsseldorf, 4. Febr. [Verurtheilungen.] In der hentigen Sitzung des Zuchtpolizeigerichts wurde der Pastor am hiesigen Arresthause, G. Prell, wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch den Artikel „Wochenrückblick“ in Nr. 230 des von ihm redigir'en „Düsseldorfer Volksblattes“, für schuldig erklärt und zu 5 Monaten Festungshaft verurtheilt. Seine Mitangeklagten, Referendar Hüsgen und Lehrer Müller aus Wersten, wurden freigesprochen. In derselben Sitzung wurde Baron v. Bonverot von hier, ebenfalls wegen Majestätsbeleidigung (derselbe hatte bei den letzten Wahlen ein Flugblatt mit einer Antwort auf des Kaisers Brief an den Papst drucken lassen), zu 2 Monaten Festungshaft verurtheilt.

Altenkirchen, 30. Jan. [Majestätsbeleidigung.] Heute wurde der Redacteur der „Sieg-Blätter“, Caplan Freihen zu Wissen, von der Criminaldeputation hiesigen Kreisgerichts wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Herr Ober-Staatsanwalt v. Moers in Neuwied soll in eingehender trefflicher Rede die verderblichen Bestrebungen der Ultramontanen und insbesondere die gehässigen Agitationen und Wühlereien der ultramontanen Presse geschildert haben. Als Vertheidiger des Angeklagten fungirte Herr Rechtsanwalt Wesener von hier. Herr Caplan Freihen trat auch selber in längerer Rede auf. (K. Z.)

München, 3. Februar. [Die Vorstände der katholischen Vereine] Münchens haben in den öffentlichen Blättern folgenden Aufruf erlassen:

„Katholiken Münchens! Seit Monaten ist unsere Stadt durch die Cholera schwer heimgesucht. Der allmächtige Gott ist es, der dieses Leid hat über uns hereinbrechen lassen. Er kann allein es wieder von uns nehmen. Vereinigen wir uns darum in demüthigem Gebete. Möge dies eine schwache Genugthuung sein für die schrecklichen Gotteslästerungen, durch welche der Unglaube den Allmächtigen fortwährend herausfordert und möge er sich unserer Stadt erbarmen. Wir laden Euch ein zu zahlreicher Theilnahme an folgenden Andachten an der Lieb-Frauen-Kirche: zum Bittamt auf Montag, den 2. Februar, auf die folgende Tage, Dinstag, Mittwoch und Donnerstag zur Predigt und Litanei je um 6 Uhr Abends. Zum Schlusse der Andacht findet am Donnerstag nach der Litanei feierliche Procession in der Kirche statt.“

Eßlingen, 3. Februar. [Würtembergische Fortschrittspartei.] Man hat hier am 26. v. M, mit der Bildung einer würtembergischen Fortschrittspartei begonnen. Dem „Schw. Merkur“ wird hierüber Folgendes geschrieben: „In Eßlingen hat sich insbesondere durch den Ausfall der Reichstagswahl bei verschiedenen Männern, die theils bisher der deutschen Partei angehörten, theils dem Parteileben ferne standen, das Bedürfniß geltend gemacht, das politische Leben auf erweiterter Grundlage in freiheitlicher, fortschrittlicher Richtung neu zu gestalten. Auf Grund eines veröffentlichten Programmes hat bereits eine sehr zahlreiche Versammlung stattgefunden. Dieselbe nahm das vorgelegte Programm nach eingehender Besprechung mit großer Mehrheit an und es haben sich sofort etwa 160 Mitglieder eingezeichnet.“ Wesentliche Zielpunkte der zu begründenden Partei sollen nach dem uns vorliegenden Programme sein: 1) Fortentwickelung des deutschen Reiches als Bundesstaat mit gemeinsamem Oberhaupt. 2) Einheitliche Gesetzgebung auf allen gemeinsamen Gebieten des bürgerlichen und des Straf-Rechtes, sowie des Handels und Verkehrs; ein oberster Reichs-Gerichtshof; Erhaltung der Schwurgerichte mit Ausdehnung der Zuständigkeit auf alle politischen Verbrechen. 3) Budgetmäßige Feststellung des Militair-Aufwandes durch den jeweiligen Reichstag (kein Pauschquantum); volle Wehrfähigkeit des deutschen Reiches, wobei jedoch Ersparnisse und möglichste Erleichterung der Militärlast (Abkürzung der Präsenzzeit) schon jetzt in's Auge zu fassen sind. 4) Anerkennung und Durchführung der Hoheit des Staates über Kirche und Schule. 5) Freie Presse und freies Vereins- und Versammlungsrecht, mit alleiniger Unterstellung unter die allgemeinen Strafgesetze. 6) Gewährung von Diäten an die Reichstags-Abgeordneten. 7) Entwickelung der Selbstständigkeit und Selbstverwaltung der Gemeinde. 8) Förderung der Bildung und Wohlfahrt Aller, insbesondere der arbeitenden Klassen. 9) Speciell für Würtemberg: Aufrechthaltung der Selbstständigkeit, Vereinfachung der Verfassung und des gesammten Staats-Organismus.

Oesterreich.

Wien, 5. Februar. [Parlamentarisches.] Auf Veranlassung des Abgeordneten Grafen Hohenwart fand heute eine Zusammenkunft der Obmänner sämmlicher Clubs und Parteien des Abgeordnetenhauses statt. Nach dem dieser Versammlung vorgelegten Verzeichnisse enthält der Club der Linken 88 Mitglieder; die Ruthenen, welche mit dem Club der Linken stimmen, zählen 14 Mitglieder; der Club des Centrums zählt 54 Mitglieder; der Club der Polen zählt 43 Mitglieder; der ehemalige Club der „Rechts“partei, welchem nun ebenfalls die neueingetretenen czechischen Mitglieder aus Mähren beigetreten sind, hat den Namen „Club des rechten Centrums“ angenommen und zählt 40 Mitglieder; die Demokraten zählen 5 Mitglieder und der Fortschrittsclub 57 Mitglieder. Hierzu kommen die Slovenen Dr. Ratslag, Dr. Vosnjak und Pfeiffer, die keinem Club angehören. Auf Vorschlag des Abgeordneten Grafen Hohenwart sollten nun die Obmänner einen Modus vereinbaren, nach welchem bei Ausschußwahlen die Vertheilung der betreffenden Ausschußmitglieder im Verhältnisse nach der Mitgliederzahl der einzelnen Parteigruppen festgesetzt werden soll. Die einzelnen Clubvorstände nahmen diesen Vorschlag zur Kenntniß. Nach Ansicht des Fortschrittsclubs sollen von Seiten der verschiedenen Clubs Vertrauensmänner gewählt werden, welche gemeinschaftlich obigen Modus zu berathen hätten.

Schweiz.

Zürich, 4. Febr. [Aus dem Bundesrathe. — Die Interpellation über die Interventions-Adressen. — Zur Bundesrevision. — Aus dem Jura.] Die Leute, deren Rock Religion, Freiheit und Vaterlandsliebe zur Schau trägt, während das Unterfutter aus Ceremonienwesen, Herrschsucht und Landesverrath besteht, haben in Bern eine stattliche Niederlage erlitten. Im Nationalrath wurde der Bundesrath über die Umtriebe zur Herbeiführung einer fremden Intervention interpellirt. Weber von Zürich wünschte constatirt zu sehen, daß der schweizerische Katholicismus als solcher nicht dafür verantwortlich sei. Bundespräsident Schenk erklärte, die Umtriebe gingen von dem internationalen extremen Ultramontanismus aus, der mit fanatischem Eifer den modernen Staat bekämpfe und denselben wieder unter die Lehren und Theorien des Syllabus zu beugen und die Völker unter das Joch einer Priesterkaste zurückzuführen strebe. Diese Partei schrecke nicht zurück vor der Entflammung des Religionskrieges, warum sollte sie zurückschrecken vor dem Landesverrath? Wie in andern Ländern, gebe es solche Leute auch in der Schweiz. Sie betrügen das Volk mit Hoffnungen auf fremde Hülfe. Aber keine Regierung, auch die französische nicht, denke daran, sich in die schweizerischen Angelegenheiten einzumischen. Der Bundesrath sei auch entschlossen, jede solche Einmischung zurückzuweisen und die darauf gerichteten inneren Umtriebe danieder zu halten. Er habe daher die gerichtliche Untersuchung über die Urheber und Verbreiter des in einem Kloster zu Bar-le-Duc gedruckten „Aufrufs schweiz. Katholiken an die Wiener Vertragsmächte von 1815“ verfügt. Aus den vom Bundespräsidenten verlesenen Berichten des eidgenössischen Justiz- und Polizei-Departements erhellt, daß ein Ballen mit jenem „Aufruf“ an den Genfer Priester Collet gelangte. Von der Genfer Polizei befragt, erklärte dieser, eine ihm bekannte Person habe den für sie bestimmten Ballen an ihn adressiren lassen und bereits abgeholt, von dem Inhalte habe er nichts gewußt. Das war von Herrn Collet eine runde Lüge. Da er die „Person“ nicht nennen wollte, wurde er in Haft genommen. Weitere Spuren führten auf den bekannten Russenfresser David Urquhart, der sich in Montreux wegen seiner Gesundheit aufhält und jetzt, obgleich Protestant, in Ultramontanismus macht, auch während des Concils in Rom war. Bei einer Haussuchung fand man Exemplare des „Aufrufs“; andere wollte er an Personen geschickt haben, die er nicht nannte. Für die Denkschrift, in welcher Wuilleret 1852 das Einschreiten Napoleons begehrte, ist wegen Verjährung keine Strafverfolgung zulässig. Nach Schenk versuchte Wuilleret sich weiß zu waschen. Er sei damals, als die Radicalen den Canton Freiburg tyrannisirt hätten, der einzige Vertreter der unterdrückten Partei gewesen und habe für manche Clienten Arbeiten angefertigt, so auch jene Denkschrift, von der übrigens kein Gebrauch gemacht worden sei. Die Verzweiflung seiner Parteigenossen habe ihn dazu gebracht, an die Verträge von 1815 zu erinnern. Bundesrath Ceresole fand diese Rechtfertigung um so leichtsinniger, als Herr Wuilleret noch jetzt den ultramontanen Fonds mit verwalte, aus dem die Freiburger „Liberté“ und andere nach fremder Intervention begierige Blätter unterhalten würden. Sagesser protestirte gegen jede Sympathie der schweizerischen Katholiken mit den gegen das Vaterland gerichteten Umtrieben; man möge jedoch bei dem Gebrauch des Wortes Verrath vorsichtiger sein, als die Franzosen. Haller nahm seinen Antrag, dem Herrn Wuilleret Verachtung auszudrücken, auf Mahnung des Präsidenten zurück. — Mit dem Entwurf der Bundesrevision spielten die beiden eidg. Räthe in den letzten Tagen Fangball, um sich in allen Artikeln auf Eine Fassung zu einigen. Dabei ist herausgekommen: Abschaffung der Todesstrafe überhaupt, kein Sonntag als Ruhetag, 30,000 Bürger oder 8 Kantone, um Volksabstimmung zu beantragen. Bei dem Abstimmungsmodus über die neue Verfassung wurde für die Abstimmung nach Gruppen angeführt, daß den Bürgern dabei größere Freiheit gelassen und die Grfahr der Verwerfung vermindert werde. Die Gesammtabstimmung erhielt jedoch die Mehrheit, weil die Revision ein Ganzes bleiben müsse und weil sie auf gegenseitigen Zugeständnissen der Parteien und Kantone beruhe, die sich nicht auseinanderreißen ließen. Sie wurde denn auch beschlossen, im Nationalrath mit 79 gegen 44, im Ständerath mit 22 gegen 12 Stimmen. Der ganze Revisionsentwurf wurde im ersteren mit 103 gegen 20, im andern mit 25 gegen 14 Stimmen angenommen. (Außer der Urschweiz stimmten auch Freiburg, Wallis und Tessin mit Nein.) Zum Trost für die Ausweisung des Nuntius hat der Papst dem schweizerischen Piusverein seinen Segen angedeihen lassen und dabei „die höllische Schlange, welche in der Schweiz einen Krieg gegen die katholische Religion führt“, gebührend verflucht. Leider hat die Höllenschlange schon wieder eine neue Schandthat vollbracht, indem sie den Jura von Pfaffenstank säubert. Der Regierungsrath von Bern hat die abgesetzten Geistlichen ausgewiesen. — Die Verwaltung des Fonds für Ausbildung altkatholischer Geistlicher, sendet 5 junge Leute nach Bonn. — Erzbischof Panelli ist von den Altkatholiken in Neapel eingeladen worden, sich an ihre Spitze zu stellen; er ist dahin abgereist. — Der altkatholische Pfarrer Gurtault in Genf tritt in den heil. Stand der Ehe. — Der Gotthardtunnel hat an beiden Enden zusammen die Länge von 1196,2 Metern erreicht. — Der aus Leipzig geflüchtete Postgehile Grotge, welcher sich 4000 Thaler annexirt hatte, ist von der Basler Polizei ausgespürt und festgemacht worden, um an Deutschland ausgeliefert zu werden.

Großbritannien.

A. A. C. **London**, 4. Febr. [Zu den Wahlen.] In einer den Parlaments-Neuwahlen gewidmeten Betrachtung drücken die „Times“ ihre Ueberzeugung aus, daß das Parlament von 1874 sich von seinem Vorgänger nicht sehr unterscheiden werde. „Social und geistig“ — sagt das leitende Blat — „wird das Haus der Gemeinen von 1874

fast identisch mit dem von 1868 sein. Das Schwingen des Penduls bewegte sich seit einiger Zeit in der Richtung des Conservatismus, und Herr Gladstone muß sich mit einer kleinen Majorität statt einer großen begnügen". Die „Times" scheinen somit keine gründliche Niederlage der liberalen Partei zu erwarten, und nur zu glauben, daß Gladstone mit einer geringeren Majorität als früher regieren werde müssen. Aber es werden bereits Stimmen in der Presse laut, die darauf hinweisen, daß ein aus drei schwachen Parteien bestehendes Parlament als eine große Calamität zu betrachten sei, und als Lösung der Schwierigkeit eine Coalition zwischen den Whigs und Tories dringend empfehlen. Die Toryblätter jubiliren bereits. „Die Resultate der gestrigen Wahlen" — sagt die „Hour" — „zeigen, daß die Hauptfrage, die zu entscheiden übrig bleibt, ist, was die wirkliche Stärke der Mäjorität sein wird, mit welcher die Conservativen an's Ruder kommen werden. Ihr Advent zur Machtstellung mag bis zur nächsten Session verschoben werden, aber der Schein von irgend etwas, das einer homogenen liberalen Majorität ähnlich sieht, ist gänzlich verschwunden. Ein Verlust von 35 Sitzen ist hinreichend, um die ministerielle Majorität im letzten Parlament in eine Minorität zu verwandeln und die Tories haben bereits einen Nettogewinn von 16 Sitzen.

Nicht ohne politische Bedeutung ist die Rede, welche Herr Lowe, der Minister des Innern und frühere Schatzkanzler, gestern anläßlich seiner Wiedererwählung als Parlamentsvertreter der Londoner Universität vor seinen akademischen Wählern hielt. Nach einer Vertheidigung seiner Finanzverwaltung sprach er sich sehr kühn und rückhaltslos über ein Thema aus, das der Premier wie John Bright in ihren jüngsten Reden geflissentlich übergangen hatten. Er befürwortete nämlich die Streichung des 25. Abschnitts des Unterrichtsgesetzes, der bekanntlich den Anhängern eines seculären Volksunterrichts ein solcher Stein des Anstoßes ist. Sehr energisch bekämpfte der Minister das irische „Home Rule", das, wie er ausführte, entweder zu einer Zerstückelung des Reiches oder zu einer Erniedrigung Irlands führen würde. Demnächst griff er die Conservativen an und warnte das Land, daß deren Rückkehr zur Regierung ein gleichmäßiges Steigen der Staatsausgaben folgen würde. Zuletzt wendete er sich gegen die Angriffe Disraeli's und bezeichnete den Führer der Opposition als einen Lari-fari Politiker, der das Vertrauen der Nation nicht verdiene.

[Zum Heerwesen.] In der United Service Institution fand gestern ein Meeting statt, in welchem die gegenwärtigen Zustände zu der britischen Armee discutirt wurden. Dr. Adam, der Oberarzt des Londoner Werbe-Depots, verlas eine Abhandlung, in welcher er das gegenwärtige Werbesystem der britischen Armee ernstlich tadelte und das alte System für viel besser als das jetzige erklärte. Es ist besser, sagte er, schwache Bataillone von tauglichen Männern, als starke Regimenter schwächlicher Männer und Burschen zu haben. Oberst Lovns, Hülfsgeneraladjutant und inspicirender Feldoffizier, bemerkte, es könne nicht bezweifelt werden, daß die Armee in der Auflösung begriffen sei: die Beweggründe für den Eintritt in's Heer seien unzureichend, und es sei nur eine Frage von Pfunden, Schillingen und Pence. Mehrere andere Offiziere mißbilligten nachdrücklich den bestehenden Stand der Dinge, worauf die Discussion vertagt wurde.

[Der pensionirte Capitän Maunsell], der vor Kurzem, wie man sich erinnert, den Herzog von Cambridge auf offener Straße thätlich insultirte, stand heute, dieses Vergehens angeklagt, vor den Schranken des Central-Criminalgerichts in der Old Bailey. Die Geschworenen erkannten den Angeklagten für schuldig, empfahlen ihn aber angelegentlich der Milde des Gerichtshofes, worauf dieser ihn zu 4 Wochen Gefängniß ohne harte Arbeit verurtheilte.

Amerika.

New-York, 16. Januar. [Die neuesten Nominationen Grant's.] Ueber die vom Präsidenten Grant geschehene (vom Senat inzwischen verworfene) Ernennung des Generals Caleb Cushing für die Stelle des Oberrichters am höchsten Gerichtshofe der Vereinigten Staaten bemerkt die „Handels-Ztg.", daß dieselbe in Gemeinschaft mit der ihr unmittelbar vorhergegangenen und gezwungener Weise zurückgezogenen Ernennung eines von allen Seiten mit großer Einstimmigkeit verworfenen Günstlings Herrn Grant's für denselben Posten und der wenige Tage vorher erfolgten Bestätigung desselben Cushing für den Gesandtschaftsposten in Madrid einen Dreiklang von Executiv-Acten bilde, der kaum verfehlen könne, zu einer folgenreichen Disharmonie zwischen der republikanischen Partei und der ihr hervorgegangenen Administration anzuwachsen. In der That seien die erwähnten Nominationen des Präsidenten, und vor Allem die letzte, so überraschender Natur, daß man sich schwer überrede, sie nur als „politische Schnitzer" zu betrachten, und fast gezwungen sei, nicht nur Absicht, sondern wohlüberlegte Planmäßigkeit hinter denselben zu sehen, und zwar in einer Richtung, welche für die genaueren Kenner des wahren Charakters des „republikanischen" Präsidenten Grants nich überraschend sein möge, aber wohl für das Volk, das ihn in gutem Glauben zweimal mit ungeheurer Mehrheit auf den höchsten Nationalposten berufen, eine bittere und zum größten Theil unverdiente Enttäuschung enthalten würde. Der Charakter der politischen Vergangenheit des von Herrn Grant für das höchste Richteramt Erkorenen, des 74jährigen Caleb Cushing, sei von Anfang bis zu Ende der der schamlosesten politischen Prostitution gewesen.

[Strike der Eisenbahn-Ingenieure.] Nachdem der einige Zeit lang Besorgniß erregende Strike der Eisenbahn-Ingenieure im Westen seine Endschaft erreicht, brachte diese Woche eine Wiederholung derselben Bewegung auf der Südeisenbahn von New-Jersey, wobei durch Aufreißen der Schienen u. s. w. der Bahnbetrieb zum Stillstand gebracht wurde.

Australien.

Honolulu, 22. Januar. [Der König. — Aussterben der einheimischen Bevölkerung. — Ein Berliner.] Der „A. A. Z." wird geschrieben: Die Prophezeiungen von einem baldigen Tod unseres Königs Lunalilo, deren ich in meinen letzten Schreiben erwähnte, haben sich nicht bewahrheitet, und der Aberglaube der Insulaner ist einmal wieder zu Schanden geworden. Die Krisis ist überstanden, und wenn gleich die Tage des Fürsten gezählt sein mögen, so ist sein Aussehen doch bedeutend besser und seine Kräfte erlauben ihm sogar einen kurzen Besuch in Kailua auf Hawai zu machen, dem alten Stammorte der Kamehamehas. Dort liegt das alte Fort, welches der erste dieses Namens baute, und wo er starb; dort wohnt jetzt Ruth, die Schwester des letzten Königs, welche jetzt Gouverneurin der Insel ist. Es wäre sehr zu wünschen, daß Lunalilo in jenem stillen und gesunden Aufenthaltsort sich ganz erholen möchte. Es ist leicht erklärlich, daß unter den bestehenden Verhältnissen das Ableben des Königs dem Volk viele Sorge macht, da derselbe keine directen Erben besitzt, und daher die Succession zu Intriguen führt, da andere Häuptlinge nach der Krone streben, namentlich David Kalakaua und die Frau Bishop, eine geborene Kamehameha. Letztere — Panahi genannt — würde am liebsten als Nachfolgerin gesehen sein, wenn sie nicht an einen Fremden verheirathet wäre, was den Gemahl zum eigentlichen König machen würde. Diese Vorurtheile gegen Herrn Bishop scheint David Kalakaua ausbeuten zu wollen, und da gegenwärtig keine große Harmonie unter den Fremden besteht, so würde ihm Niemand widerstreben, wenn er bei einer Entledigung des Thrones nach der Krone greift. Am 6. d. starb die Häuptlingin Kilecochi Hoapili, eine Frau vom höchsten Rang und directe Abkömmlingin von Kamehameha I. Sie besuchte z. B. die europäischen Höfe in Begleitung der Königin Emma, war von gutem Aussehen und nicht ohne Talent. So gehen nach einander die Häuptlinge der Sandwich-Inseln in's Grab — meistens in frühem Alter, und bald wird der letzte derselben geschieden sein, wie die ganze einheimische Bevölkerung mit Riesenschritten sich ihrem Ende naht. Um nun wenigstens etwas Kanaka-Adel zu bewahren, hat König John Moanauli und H. Kuihelani baronisirt; aber auch die Fremden W. T. Martin, T. P. Parker, Archd. S. Cleghorn, Sam. G. Wilder und James J. Dowsett wegen ihres Ansehens und ihrer politischen Stellung. Das Herrenhaus besteht jetzt aus 18 Mitgliedern, worunter 4 Minister, 3 Gouverneure ex officio; einer derselben, P. Y. Kau, ist als Aussätziger von seinem Sitz ausgeschlossen. Die Constitution beschränkt die Zahl auf zwanzig. Für den Congreß stehen Neuwahlen bevor.

Vielleicht interessirt die Nachricht, daß wir hier einen Berliner haben, der am Hofe Lunalilo's eine Rolle spielte. Sein Name ist Berger; derselbe war in Berlin Hautboist bei der Garde und wurde auf Wunsch der Regierung von Honolulu durch Vermittelung des preußischen Kriegsministeriums als General-Musikdirector, Instructor der dreihundert Mann starken Armee dorthin beurlaubt. Eine hervorragende Rolle hatte er bei Kamehameha, der letzten Majestät Leichenbegängniß, zu spielen. Er hat seinen Palast, seine Pferde, ein Gehalt von 3000 Thlrn. und erfreut sich der besonderen Gunst von Lunalilo's Gattin. Sein Vertrag mit der Regierung Sr. Majestät Lunalilo läuft auf fünf Jahre. Ob der Berliner Würdenträger am Hofe von Honolulu dann Neigung haben wird, in die Heimath zurückzukehren, scheint sehr fraglich. Im Sommer tritt er einen Urlaub an, ist aber noch zweifelhaft, ob er denselben zu einer Reise nach Berlin oder zu einer Vergnügungsreise nach China und Japan benutzen soll.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 7. Febr. [Kirchliches.] Am 4. Februar wurde der zum Diaconus in Liegnitz gewählte Candidat Ziegler durch den Herrn General-Superintendenten Dr. Erdmann ordinirt.

Dem Präsidenten des großen Sympathie-Meetings vom 27. v. M. hatte wie schon erwähnt, auch der Ausschuß des schlesischen Protestanten-Vereins, sicherlich unter der Billigung aller Vereinsgenossen, ein Telegramm zugesendet, das diesen Wortlaut hat: „Den edlen Männern Alt-Englands, die im Kampfe gegen die hierarchischen Umtriebe des Jesuitismus auf Deutschlands Seite stehen, unsern Gruß!" Hierauf traf ein Antwortschreiben des Parlamentsmitgliedes Chalmers, eines Meeting-Redners, ein, das nach Angabe des „Prot. Blattes" folgendermaßen lautet:

„Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Telegrammes an den Präsidenten des Meetings zu bescheinigen, welches in London letzten Sonntag versammelt war, um die Sympathien mit Sr. Majestät dem Kaiser und Ihrer Nation in dem Kampfe gegen den Ultramontanismus auszudrücken. Ihre Botschaft kam zu rechter Zeit und wurde in dem Meeting unter großem Enthusiasmus vorgelesen. Das Meeting war sehr befriedigend und kann nicht verfehlen die beiden Nationen zu verbinden in diesem Kampfe gegen den Feind der Civilisation und der religiösen Freiheit. Sie werden begreifen, daß in Folge der früheren Apathie und falschen Sicherheit die Engländer dem Ultramontanismus großen Einfluß gestattet haben auf die öffentliche Presse und daher der Ton einer gewissen Klasse von Zeitungen. Dennoch ist die Masse des englischen Volkes mit Euch und das letzte Meeting ist nur der Anfang eines Umschwunges in jeder größeren Stadt Englands und Schottlands. Ich habe die Ehre u. s. w. u. s. w.

□ **Breslau**, 6. Februar. [Handwerkerverein.] In der gestrigen Vereinssitzung setzte Herr Apotheker J. Müller seine Vorträge über Chemie fort, indem er noch einen kurzen Rückblick auf die an früheren Abenden behandelten Elemente zu den leicht-metallischen, den Alkalien (Kalium, Natrium, Lithium), überging und das Natrium behandelte. Es ist, ebenso wie das Kalium, leichter als Wasser und schwimmt, wie dieses, mit rotatorischer Bewegung, aber entwickelt nur in bereits erwärmtem Wasser einen solchen Grad von Hitze, daß Lichterscheinungen die Verbindung mit dem Wasserstoff begleiten, wie es bei dem Kalium geschah. Herr Müller unterstützte seine lehrreichen Auseinandersetzungen wie immer mit größter Aufopferungsfähigkeit durch fortlaufende Demonstrationen mit den mitgebrachten Chemiekalien. Das Natrium wird seiner leichten Auflösbarkeit durch Wasser wegen in der Natur gar nicht in gediegenem Zustand gefunden, sondern nur im Steinsalz mit Chlor und in anderen Verbindungen z. B. im Chilisalpeter, im Meerwasser, was 7% Chlornatrium enthält, und wird durch Destillation mit Kohlen aus dem kohlensauren Natron (Soda) gewonnen. Ebenso kommt es verbunden vor mit dem Aluminium, dam metallischen Bestandtheil der Thonerde, einem Stoff, der silberweiß und hämmerbar, leichter als Eisen, wegen seiner Festigkeit zur Bereitung von Harnischen verwendet werden könnte. Ferner kommt das Natrium vor in dem Natronoxid (der Seifensiederlauge), also einer Verbindung mit Sauerstoff. Sie wird dargestellt, wenn Soda mit Kalk gekocht wird, wo sich dann kohlensaurer Kalk niederschlägt und das Natron frei wird. Sie wird zum Verseifen verwendet. Der Vortragende zeigt dann die Bereitung der Seife, indem er Oel in den kochenden Soda goß und den in Bildung begriffenen Stoff umrührte; nach dem Erkalten der Mischung werde die Seife hart, dagegen giebt Fett mit Kalilauge die sogenannten Schmierseifen (die schwarze oder grüne Seife). Ein Nebenprodukt, daß Herr Müller auch vorzeigte, ist das Glycerin.

Eine weitere Verbindung des Natriums ist das Chlornatrium, das Steinsalz, das u. a. bei Staßfurth, unweit Magdeburg, gewonnen wird. Es wird meist klein gerieben und gestoßen als Krystallsalz, unser Kochsalz, jene, Allen unentbehrliche Würze unserer Speisen; in Staßfurth aber wied es gesotten, es heißt darum Siedsalz und wird dann zur Verdampfung über Dornenhütten gegossen, von wo es abtropft. Die Salzsteuer betrachtete der Vortragende als eine ungerechte Steuer, weil sie eben ein Allen nöthiges Bedürfniß den Armen ebenso vertheuere, als den Reichen. Bis 1866 war es Monopol, dieses ist gefallen, der Preis des Salzes ist aber bei Fortbestehen der Salzsteuer noch fast derselbe.

Außerdem zeigte Herr Müller noch eine Flasche mit sogenanntem Vieh- oder Gewerbesalz vor, das durch Beimengung von Eisenoxyd gelb gefärbt ist, um dessen Verwendung zum Genuß der Menschen und die so herbeigeführte Defraudation der Salzsteuer zu verhüten, da von diesem Salz der Centner etwa nur 27½ Sgr. kostet, indessen das Kochsalz auf fast 3 Thlr. Steuer zu stehen kommt.

Eine fernere Demonstration zeigte die Bereitung des kohlensauren Natrons, das in unserer Hauswirthschaft als Soda bekannt ist und zur Wäsche verwendet wird. Sie wird bereitet durch Uebergießung von Kreide mit einer Säure oder durch Uebergießung von Kochsalz mit Schwefelsäure, wo dann die Salzsäure entweicht. Ein Nebenproduct ist das Glaubersalz. Der Vorwurf mancher Hausfrauen, daß die Soda der Wäsche schade, ist unbegründet, sie ist, wenn nicht in zu großer Menge angewandt, nothwendig bei hartem Wasser, d. h. bei Quellwasser und setzte der Vortragende hier die Gründe auseinander, weshalb sich letzteres weniger zum Waschen und Kochen eigene. Beim Kochen z. B. von Hülsenfrüchten setze sich nämlich der im Kochen sich auflösende im Quellwasser enthaltene Kalk an die Schalen der Hülsenfrüchte und verhindere so die genügende Einwirkung der Hitze auf die Linsen, Erbsen 2c. Die Hausfrauen pflegen darum das Wasser erst abzukochen.

Wenn in kohlensaurem Natron der Gehalt von Kohlensäure verdoppelt wird erhält man doppelkohlensaures Natron d. h. Bullrig'sches Salz; verwandt damit sind die sogenannten „Brausepulver" die uns doppelkohlensaurem Natron und Weinsteinsäure bestehen und setzte Herr Müller dann die Gründe auseinander, aus welchen die Mischung beider Pulver in vorgeschriebener Weise geschehen muß. — Salpetersaures Natron giebt den sogenannten Chilisalpeter, das Surogat für Salpetersaures Kali. — Fernere Verbindungen sind das zum Löthen verwendete boraxsaure Natron, und das kieselsaure Natron oder Wasserglas, was zum Anstreichen der Häuser verwendet wird. Hierauf wurde eine Mittheilung Herrn Lindner's verlesen, der durch die Probe des Narrenfestspiels anderweit festgehalten war. Sie machte darauf aufmerksam, daß jedes Mitglied zum Eintritt in den Saal eines Narrenzeichens bedürfe, die bei Herrn Maskenverleiher Vetter am Eingang zu haben seien; daß das Festconcert um 8 Uhr, das Festspiel um 10 Uhr beginnen und daß Kinder in denn Saal nicht, oder in die Logen zugelassen werden.'

** [Januar-Witterungs-Bericht aus Bunzlau.] Die im Allgemeinen abnorme Witterung des Januar ist für Bunzlau insofern noch merkwürdiger, als hier, selbst eine mildere Temperatur wie in Breslau herrschte, Breslau hatte eine Durchschnittswärme von 0,18° R., Bunzlau dagegen 0,57° R., also 0,39° R. mehr Wärme. Es scheint dieses ungewöhnliche, umgekehrte Verhältniß auch im Februar andauern zu wollen, denn während am 3. Februar früh in Breslau bei SO. und heiterem Himmel — 10,7° R., waren hier bei SW. und trübem Himmel nur — 1,2° R. = 9,5° R. geringere Kälte.

Die hiesige größte Kälte im Januar war — 9,2° R. bei SO. am 10. früh, die größte Wärme + 7,5° R. bei SW. am 20. Nachmittags, eine Differenz von 16,7° R. zwischen den Wärme-Extremen. An 18 Tagen sank das Thermometer unter den Frostpunkt. Im Mittel waren die Temperaturen des Morgens — 1,03° R. (in Breslau — 1,10° R. = 0,07° kälter). Des Nachmittags + 2,81° R. (in Breslau + 1,70° R. = 1,11° kälter) und Abends — 0,07° R. (in Breslau — 0,05° R. = 0,02° wärmer). Obgleich demnach der Januar als milde bezeichnet werden muß, so war er doch um 1,39° R. kälter, wie der des vorigen Jahres.

Der mittlere Luftdruck zwar geringer als im vorangegangenen December war immer noch ziemlich bedeutend und betrug 27" 7,77"' (in Breslau 27" 9,28"' = 1,51"' höher). Der höchste Barometerstand war am 22. Abends bei W. mit 28" 0,30"' (in Breslau 28" 1,96"' = 1,56"' höher), der niedrigste am 27. Abends bei NW. 3 mit 27" 2,64"' (in Breslau am 27. früh mit 27" 3,80"' = 1,26"' höher). Die Differenz zwischen den Luftdruck-Extremen betrug 9,66"'. Im Mittel war der Barometerstand des Morgens 27" 7,87"', Nachmittags 27" 7,71"' und des Abends 27" 7,72"'.

Die atmosphärischen Niederschläge erreichten nur eine Höhe von 8,86 pariser Linien, von denen 5,32 auf Regen und 3,54 auf Reif, Schnee und Graupeln kamen. — Stürme fanden an 12 Tagen, den 3., 4., 12., 13., 14., 19., 21., 23., 24., 26., 27. und 31. statt, am 26. und 27. orkanartig, die mittlere Intensität des Windes = 1,73. O. 1, SO. 9, S. 13, SW. 31, W. 26, NW. 13. (N. und NO. fehlten) gaben eine mittlere Windrichtung von 57° S. gegen W. — Der Januar hatte 6 wolkenleere, 7 halbheitere, 15 trübe Tage mit einzelnen Sonnenblicken und 3 Tage mit beständig bedecktem Himmel. An 9 Tageu fiel Regen, an 5 Tagen Schnee und zweimal Graupel, 7 Tage hatten Nebel und 9 Morgen Reif. In den nächtlichen Morgenstunden des 27. Gewitter mit orkanartigem Sturm und Regen, eine Seltenheit für den Januar.

s. **Waldenburg**, 6. Februar. [Gemeinde-Kirchenrath. — Vom Gymnasium. — Verein der Aerzte.] Der Patron der evang. Kirche, Fürst v. Pleß, hat in den Gemeinde-Kirchenrath den Maschinenmeister Holtzhausen von hier gewählt, Der aus 12 Mitgliedern bestehende Kirchenrath wurde am 1. Febr. nach dem Hauptgottesdienste in das Amt eingeführt und verpflichtet. — Als zweiter Oberlehrer und Conrector des Gymnasiums ist Dr. Schild aus Wittenberg von den hiesigen städtischen Behörden gewählt und von dem Minister bestätigt worden. — In der am Mittwoch in Seiferts Hotel zu Altwasser stattgefundenen Versammlung des ärztlichen Vereins des Kreises hielt Apotheker Sonntag aus Wüstewaltersdor Vortrag.

(Notizen aus der Provinz.) * Liegnitz. Am 5. d. M. fand hierselbst die Trauung des Hauptmanns im Garde-Jäger-Bataillon, Grafen zu Dohna, mit der Prinzessin Maurokordatos nach griechisch-katholischem und evangelischem Ritus durch einen Metropolitangeistlichen aus Athen und den hiesigen evangelischen Militärgeistlichen, Ober-Diakonus Niepach, statt.

† Lähn. Der „Nied. Ztg." wird von hier geschrieben: Am 11. d. M. wird der sogenannte Taubenmarkt hierorts abgehalten werden, der alljährlich vor Aschermittwoch stattfindet. Von dem Ursprunge des in seiner Art einzigen Taubenmarktes ist nichts mehr ausfindig zu machen. Die Chronik erzählt nur, daß dieser Markt den Namen Lähn's über Schlesiens Grenzen hinaus wahrhaft sprüchwörtlich gemacht habe und die Nachrichten darüber bis ins Mittelalter zurückreichen. Wie groß besonders in der Umgegend die Anzahl der Wildtauben gewesen ist, beweist ihre Verheerung im Jahre 1501, wo sie nach einer Ueberschwemmung in solcher Menge ringsum Laub und Gras verdarben, daß eine Viehkrankheit ausbrach und Milch- und Buttermangel entstand.

Ottmachau. Die Unsicherheit in unserer Stadt nimmt sehr überhand, da im Laufe dieser Woche zwei Einbrüche versucht worden, ohne daß jedoch die Diebe ein Resultat erreichten. Charakteristisch ist, daß ein im Keller entdeckter Dieb, als er gefragt wurde: „Wer ist da!" die Antwort gab; „Ich bin's!" darauf aus dem Keller herausstürzte, indem er dem mit einem ungeladenen Gewehr bewaffneten Wirthe eine riesige Maulschelle versetzte, über den Zaun eine Volte schlug und auf Nimmerwiedersehen im Dunkel der Nacht verschwand.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 6. 7.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	334"',36	336"',32	334"',71
Luftwärme	+ 1°,7	— 0°,7	+ 0°,8
Dunstdruck	2"',17	1"',48	1"',89
Dunstsättigung	93 pCt.	79 pCt.	88 pCt.
Wind	NW. 2	W. 1	W. 1
Wetter	trübe.	heiter.	trübe.

Breslau, 7. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 48 Cm. U.-P. — M. — Cm. Eisstand.

Berlin, 6. Febr. Bei Eröffnung der Börse übte die, wie an auswärtigen Plätzen, so auch hier vorhandene matte Tendenz für Türken und Italiener einen stärkeren Druck auf den Gesammtverkehr. Bald jedoch emancipirte sich die Börse nicht nur von der Wirkung, welche die Haltung der beiden Papiere auf den Handel im Allgemeinen hervorgerufen, sondern sie ließ selbst in den genannten Anleihen eine mäßige Erholung Platz greifen. Namentlich glich sich heute der Coursrückgang der Oesterreichischen Credit-Actien aus, wie denn überhaupt der Speculationsmarkt nicht minder als die zu Capitalsanlagen gesuchten Werthe sich besonderer Festigkeit erfreuten. Die Regsamkeit des Verkehrs hielt damit allerdings nicht gleichen Schritt, und es bleibt nach wie vor die oft erwähnte Geringfügigkeit der Umsätze das charakteristische Merkmal des Tages, wobei indeß eine Anzahl von Effecten, so auch die in letzter Zeit stärker gedrückten Bergwerkspapiere nur zu besseren Coursen erhältlich waren. Die internationalen Speculationspapiere trugen eine recht feste Stimmung und zogen in den Notirungen an, obwohl die von auswärts einlangenden Cours-Depeschen keineswegs die steigende Richtung begünstigten. Anfänglich schien für Oesterreich. Creditactien noch die Mißstimmung der letzten Tage vorzuherrschen, sie setzten niedriger gegen ihren gestrigen Schlußcours ein, doch bald befestigte sich die Stimmnng und der Cours konnte eine Avance von ca. 1 Thlr. davontragen. Oesterr. Nebenbahnen bewegten sich in wesentlich gebesserter Haltung. Galizier und Oesterr. Nordwestbahn besserten ihre Course, andere Bahnen, wie Dux-Bodenbach und Rudolfbahn wurden lebhaft zu gestriger Notirung umgesetzt. Auch in auswärtigen Fonds gewann der Geschäftsverkehr Lebendigkeit; eigentliche Coursavancen sind aber nicht erzielt worden. Oesterr. Renten fest und ruhig, in Loospapieren gewann der Verkehr sehr geringen Umfang, Italiener, wie erwähnt, weniger fest und ebenso Türken. Amerikaner fast unverändert. Russische Werthe zum Theil besser, so namentlich 71er, 72er und 73er Anleihe, Prämien-Anleihen beliebt und steigend, Preußische Fonds fest, aber eben so wie Deutsche Fonds in geringem Verkehr. Köln-Mindener Prämienantheile belebt. Prioritäten in allen Gattungen sehr fest, lebhaft gingen um Bergische C, Crefeld-Kr.-Cempen, Halle-Sorau, Dniester, Ferdinand-Nordb., Mähr.-Schlesische II., Oesterr. Staatsb. 3 u. 5% u. 5% Lombardische, für Russ. Priorit. fehlten Abgeber. Auf dem Eisenbahnactien-Markte blieb der Verkehr gering, die schweren Bahndevisen trugen eine geringe Courserhöhung davon, leichte Actien waren meist lebhaft und recht fest, Rumänier sehr beliebt und steigend, Crefeld-Kr.-Kempener, Ostpreußische Südbahn und Lüttich-Limburger rege, Schweizer Union dagegen nachgebend. Für Bankactien hatte eine festere Tendenz Platz gegriffen, wiewohl die Course sich nicht wesentlich verändert haben. Preuß. Bodencreditbank zog an und hiermit erhöhten sich auch die meisten der gangbareren Devisen, der Umsatz blieb jedoch sehr beschränkt. Mecklenb. Hypothekenbank, Spritbank Wrede, Niederlaus. Bank höher, Spielh. gefragt und zu steig. Course rege. Disconto-Command. 164, ult. 162½—164½, Prov.-Disc. 87¼. Industriepapiere wurden mäßig gehandelt, Viehhof niedriger, Elbinger Eisenbahnbed. durch unlimitirte Verkaufsaufträge gedrückt, Westfäl. Drahtindustrie, Balt. Waggon, Friedrichshain Bauverein besser, Bergbrauerei lebhaft und höher, Dortmunder Union 74¾, ult. 73½—74¾—⅜, Laura 167, ult. 164¼—6¾ bis 166¼, Gelsenkirchen 117¾ sehr belebt, Pluto sehr beliebt und steigend, da die Dividende auf 40¼ % festgesetzt sein soll. Oesterreichische Silbergulden offerirt, aber nicht gerade niedriger. (Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 6. Februar. [Productenbericht.] Roggen wenig belebt und ohne Aenderung im Werthe. Loco ist das Angebot schwach, der Umsatz entsprechend klein, — Roggenmehl sehr ruhig. — Weizen neuerdings eine Kleinigkeit besser bezahlt, aber in sehr beschränktem Verkehr. — Hafer loco und auf Termine fester. — Rüböl still, Preise wenign verädert. — Spiritus lebhaft und ferner merklich im Werthe gestiegen.

Weizen loco 73—91 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber — Thlr. bez., feiner weißbunter poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. December-Januar 85 Thlr. Br., Januar-Februar 85 Thlr. Br., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. April-Mai 87¾ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 87¼ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 87⅜ Thlr. bez., pr. Juli-August 85¾—⅞—¾ Thlr. bez., neue Usance per April-Mai — Thlr. bez. Gekündigt 200 Ctnr. Kündigungspreis 85 Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 59—69 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 59—61 Thlr. bez., besserer russischer — Thlr. bez., feiner 61¾—62 Thlr. bez., polnischer — Thlr. bez., inländischer 66—68½ Thlr. ab und frei Bahn bez., exquisiter — Thlr. bez., per Jannar-Februar 62⅝ Thlr. bez., pr. Februar-März 62⅝ Thlr. bez., pr. Frühjahr 62⅞—¾ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 62⅝—62¼ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 61¾—61½—⅜ Thlr. bez., pr. Juli-August 59⅞—½ Thlr. bez., pr. August-

September — Thlr. bez., September-October 58¼ Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Gerste loco 52—73 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 50—60 Thlr. nach Qualität gefordert, schlesischer — Thlr. bez., böhmischer 56—59 Thlr., ostpreußischer 55—58 Thlr., westpreußischer 55—58 Thlr., galizischer 52—55½ Thlr. bez., pommerscher 56—59 Thlr., uckermärker — Thlr. ab Bahn bez., pr. Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März Thlr. bez., pr. Frühjahr 57½—57¾ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 57¾—58 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 58 Thlr. bez., pr. Juli-August 56¼ Thlr. bez., pr. August-September — Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Erbsen: Kochwaare 59—66 Thlr., Futterwaare 53—58 Thlr. bez. — Weizenmehl Nr. 0 pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack 11¼—11¾ Thlr., Nr. 0 und 1 10¾—10¼ Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 9⅝—8¾ Thlr., Nr. 0 und 1 9—8½ Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. Januar-Februar 9 Thlr. 4 Sgr. bez., pr. Februar-März 9 Thlr. 4 Sgr. bez., pr. März-April 9 Thlr. 6—6½ Sgr. bez., pr. April-Mai 9 Thlr. 7 Sgr. bez., Mai-Juni 9 Thlr. 6¾—7 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 9 Thlr. 7 Sgr. bez., pr. Juli-August 9 Thlr. 6 Sgr. bez., September-October 9 Thlr. 2 Sgr. bis 9 Thlr. bez. Gekündigt 1500 Ctnr. Kündigungspreis 9 Thlr. 4 Sgr. — Oelsaaten: Raps — Thlr., Rübsen — Thlr. — Rüböl per 100 Kilo netto loco ohne Faß 19¼ Thlr. bez., mit Faß — Thlr. bez., per Januar-Februar 19 7/24—19¾ Thlr. bez., pr. Februar-März 19 7/24—19¾ Thlr. bez., pr. März-April 19¾ Thlr. bez., pr. Frühjahr — Thlr. bez., pr. April-Mai 20⅙—20⅓ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 20½ Thlr. bez., pr. August-September — Thlr. bez., pr. September-October 21⅓ Thlr. bez. Gekündigt 400 Ctnr. Kündigungspreis 19¾ Thlr. — Leinöl loco 23⅓ Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 10¼ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 9¾ Thlr. bez., pr. Februar-März 9¾ Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., pr. April-Mai 9¾ Thlr. bez., Mai-Juni — Thlr. bez., pr. September-October 10¾ Thlr. bez. Gekündigt 100 Barrels. Kündigungspreis 9¾ Thlr.

Spiritus pr. 10,000 pCt. loco „ohne Faß" 21 Thlr. 15—20 Sgr. bez., „mit Faß" — Thlr. — Sgr. bez., pr. Januar-Februar 21 Thlr. 27 Sgr. bis 22 Thlr. 3 Sgr. bez., pr. Februar-März 21 Thlr. 27 Sgr. bis 22 Thlr. 3 Sgr. bez., März-April — Thlr. — Sgr. bez., pr. April-Mai 22 Thlr. 4—13—10 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 22 Thlr. 8—16—15 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 22 Thlr. 12—26—25 Sgr. bez., pr. Juli-August 22 Thlr. 29 Sgr. bis 23 Thlr. 5 4 Sgr. bez., per August-September 23 Thlr. 4—10—8 Sgr. bez., pr. September-October — Thlr. — Sgr. bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr.

Wien, 6. Februar. [Wochenausweis der gesammten lombardischen Eisenbahn] vom 22. bis zum 28. Januar 1,081,770 Fl. gegen 1,045,037 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochen-Mehreinnahme 36,733 Fl. Bisherige Mehreinnahme vom 1. Januar ab 68,279 Fl.

Antwerpen, 5. Februar. [Wollauction.] Bei der heute fortgesetzten Wollauction waren 1802 Ballen Buenos-Ayres-Wollen angeboten, von denen 1695 Ballen verkauft wurden. Von 452 Ballen russischer Wolle die angeboten waren gingen 111 Ballen fort. Der Verkauf der Auction war animirt Preise etwas höher bezahlt.

Breslau, 7. Febr., 9¼ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7⅔ bis 8⅝ Thlr., gelber 7⅓ bis 8⅓ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen wenig verändert, pr. 100 Kilogr. 6⅓ bis 7⅛ Thlr., feinste Sorte 7⅓ Thlr. bezahlt.

Gerste preishaltend, pr. 100 Kilogr. 6¼—6¾ Thlr., weiße 7 bis 7⅓ Thlr. bezahlt.

Hafer mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. 5¼ bis 5¾ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen preishaltend, pr. 100 Kilogr. 5⅔ bis 6⅓ Thlr.

Wicken sehr fest, pr. 100 Kilogr. 5 bis 5⅓ Thlr.

Lupinen hoch gehalten, pr. 100 Kilogr. gelbe 5 bis 5¼ Thlr., blaue 4⅓ bis 5¼ Thlr.

Bohnen offerirt, pr. 100 Kilogr. 6⅔ bis 6¾ Thlr.

Mais mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 5¾ bis 6⅓ Thlr.

Oelsaaten wenig verändert.

Schlaglein gut behauptet.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat	7	12	6	8	10	—	9	—	—
Winter-Raps	7	10	—	7	15	—	8	—	—
Winter-Rübsen	7	2	6	7	15	—	7	25	—
Sommer-Rübsen	7	2	6	7	15	—	8	—	—
Leindotter	6	25	—	7	2	6	7	15	—

Rapskuchen matt, schlesische 70—73 Sgr. per 50 Kilogr.

Leinkuchen sehr fest, schlesische 100—103 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat in ruhiger Haltung, rothe unverändert, ordinäre 11—12 Thlr., mittle 13—14 Thlr., feine 14⅓—15 Thlr., hochfeine 15⅓—15 Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße matter, ordinäre 11—12 Thlr., mittle 14—15 Thlr., feine 16—18 Thlr., hochfeine 20—21 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Thymothee gut gefragt, 8⅓—11⅓ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

München, 6. Februar. Die Ausschüsse des liberalen Kreisvereins für Oberbaiern und des Wahlvereins der Fortschrittspartei in München richtete folgendes Telegramm an die morgen in Berlin unter Gneist's Vorsitze stattfindende Versammlung: Auch wir im Süden des deutschen Vaterlandes sprechen der Versammlung von Kampfgenossen gegen die Uebergriffe der Hierarchie unsere dankende Zustimmung zur Resolution des Londoner Saint-James-Meeting unter der Hoffnung aus, daß die Freunde der Bildung in allen Völkern gemeinsam und in lebendiger gegenseitiger Fühlung den Feind bekämpfen werden, welcher seine Herrschgelüste hinter dem Vorwande einer Gefahr für die Religion versteckt.

Wien, 6. Februar. Ein Telegramm der „Presse" aus Konstantinopel vom 6. Februar meldet: Prinz Izzedin ist am Scharlach gefährlich erkrankt.

Brüssel, 6. Februar. Der Minister des Innern gab dem Vernehmen nach die Absicht der Demission auf.

Versailles, 6. Februar, Abends. Die Nationalversammlung wählte wieder Buffet zum Präsidenten mit 348 Stimmen; Leon Say erhielt 246 Stimmen. Die Budgetcommission für 1875 besteht aus 18 Mitgliedern der Rechten und 12 der Linken. Die constitutionelle Commission sprach sich gegen die Einführung des indirecten Wahlrechts aus. — Im weiteren Laufe der Sitzung wurden Martel, Benoist Azy, Gaulard, Chaband Latour zu Vicepräsidenten gewählt. Gerüchtweise verlautet, Aumale solle zum Chef des großen Generalstabes ernannt werden, der wie der preußische organisirt werden würde.

Haag, 6. Februar. Der Gesetzentwurf über Einführung der Goldwährung ist bei der Prüfung durch die Bureaux der zweiten Kammer, sowohl hinsichtlich der Nothwendigkeit wie der Opportunität einer Aenderung der jetzigen Währung, auf lebhaften Widerspruch gestoßen. Man hob namentlich hervor, daß der Uebergang des deutschen Reiches zur Goldwährung auf den Werth des Silbers nur einen vorübergehenden Einfluß auszuüben scheine. Die Regierung dagegen verbleibt bei der Ansicht, daß jeder weitere Aufschub nur noch größere Opfer auferlegen würde. Die mit der Berathung der Vorlage beauftragte Commission verlangt, daß die Regierung über eine Münzeinheit zwischen den Niederlanden und den indischen Colonien bestimmtere Zusagen gebe.

Rom, 6. Februar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer machte Ministerpräsident Minghetti die Mittheilung, daß der König das Demissionsgesuch des Unterrichtsministers Scialoja angenommen habe und daß der Minister des Innern, Graf Cantelli, interimistisch mit Wahrnehmung der Geschäfte des Unterrichtsministers beauftragt sei. — Dem gestrigen Empfange bei dem deutschen Gesandten von Keudell wohnten der Kronprinz und die Kronprinzessin von Italien, die Minister und eine große Anzahl von Hof- und Staatswürdenträgern, höheren Offizieren und Deputirten bei.

Berliner Börse vom 6. Februar 1874.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	4	142¼ B
do. do.	2 M.	4	141⅜ bz
Augsburg 100 Fl.	2 M.	5	56.20 G.
Frankf.a.M.100Fl.	2 M.	3½	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	4½	99¾ G.
London 1 Lst.	3 M.	3½	6.21¼ bz
Paris 300 Frcs.	8 T.	5	80¼ bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	90½ bz
Warschau 90 SR.	8 T.	6½	92 bz
Wien 150 Fl.	8 T.	5	88¾ bz
do. do.	2 M.	5	88¼ bz

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½%ige	4½	103½ bz
do. consolid.	4½	105¾ bzB.
do. 4%ige	4	99 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92¼ bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	122bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103⅛ bz
Pfandbr. Berliner	4½	101⅝ bz
Pfandbr. Pommersche	3½	84¼ bz
Pfandbr. Posensche	4	92¾ bz
Pfandbr. Schlesische	3½	83¼ B.
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	97½ bz
Rentenbriefe Pommersche	4	97½ B.
Rentenbriefe Posensche	4	96 bzG
Rentenbriefe Preussische	4	96¾ bzG
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	98¾ bz
Rentenbriefe Sächsische	4	98⅞ G.
Rentenbriefe Schlesische	4	96⅝ bz
Badische Präm.-Anl.	4	115 B.
Baierische 4% Anleihe	4	115¾ B.
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	96⅜ bzG.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 71 B.
Badische 35 Fl.-Loose 40½ B.
Braunschw. Präm.-Anl. 22⅜ bzG
Oldenburger Loose 37¾ B.

Louisd'or 109¾ B.	Dollars 1.11¼ G
Sovereigns 6.22 G.	Frmd. Bkn. 99 4/5 bzB.
Napoleons 5.10½ G.	Oest. Bkn. 88¾ bz
Imperials — —	Russ. Bkn. 92¼ bz.

Hypotheken-Certificate.

Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	5	101 G.
Unkünd. do. (1872)	5	101⅞ G.
do. rückbz. à 110	5	105½ G.
do. do. do.	4½	98⅝ bzG.
Unk.H.d.Pr.Bd.-Crd.-B.	5	99½ bzB.
do. III. Em. do.	5	98 bz
Kündb.Hyp.-Schuld.do.	5	96½ bz
Hyp.Anth.Nord-G.-C.B.	5	101½ bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	102½ B
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	105¾ B.
do. do. II. Em.	5	103¼ bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	93½ bzB.
Oest. Silberpfandbr.	5	66¾ bz
do. Hyp. Crd.-Pfndb.	5½	71 B.
Unkb.Pfd.d.Pr.-Hyp.-B.	4½	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Gs.	5	84½ G.
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	101 G.
Wiener Silberpfandbr.	5½	71¼ G.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	65 15/16 bz
do. Papierrente	4⅕	61½ bz
do. Lott.-Anl. v. 60	5	93⅞ bzG.
do. 54er Präm.-Anl.	4	95⅜ B
do. Credit-Loose	—	108¾ bzB.
do. 64er Loose	—	90½ bzB.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	140¼ bzG.
do. do. 1866	5	141⅛ bz
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	85⅞ bz
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	82⅝ bzG.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	80⅛ G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	67⅝ bzG.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97 bzG.
do. do. p. 1885	6	102 bz
do. 5% Anleihe	5	98bz
Französische Rente	5	92⅜ G.
Ital. neue 5% Anleihe	5	58⅞ bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	94½ B.
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	5	78⅜ bzG.
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	5	38¼à⅜ bz
Ung. 5% St.-Eisenb.Anl.	5	73 bzG.

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose — —

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	101 G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	84¾ bzG.
do. do. VI.	4½	100⅞ B.
do. Nordbahn	5	104½ bz
Berlin-Görlitz	5	— —
do.	4½	100¼ G.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	100¼ G.
do. do. G.	4½	100¼ G.
do. do. H.	4½	100½ G.
Cöln-Minden III.	4	— —
do. do.	4½	— —
do. IV.	4	93 B.
do. V.	4	92½ G.
Halle-Sorau-Guben	5	100⅝ G.
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	— —
Niederschl.-Märkische	4	96 B.
do. do. III.	4	94½ G.
do. do. IV.	4½	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	84 bzG.
do. C.	4	93 bzG.
do. D.	4	93 bzG.
do. E.	3½	84½ bz
do. F.	4½	101⅝ bz
do. G.	4½	101¼ B.
do. H.	4½	101½ G.
do.	5	130 bzB.
do. von 1873	4	92 bzG.
do. Brieg Neisse	4½	99⅞ G.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	95 bzG.
do.	4½	— —
do.	4½	— —
do.	5	103½ B.
do. Stargard-Posen	4	92 G.
do. do. II. Em.	4½	100¼ G.
do. do. III. Em.	4½	100¼ G.
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	— —
do. do. do. D.	5	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	102¾ G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	103½ bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	99¾ B.
Chemnitz-Komotau	5	89½ B.
Dux-Bodenbach	5	84 B.
do. II. Emission	5	75 bzB.
Prag-Dux	5	65 bzB.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	94⅞ bzG.
do. do. neue	5	92 G.
Kaschau-Oderberg	5	89¾ bzG.
Ung. Nordostbahn	5	64¼ bzB.
Ung. Ostbahn	5	58 11/16 bz
Lemberg-Czernowitz	5	68¼ B.
do. do. II.	5	79½ G.
do. do. III.	5	69½ bz
Mährische Grenzbahn	5	68 G.
Mähr.-Schl.Centralbhn.	5	47⅞ bz
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	85 B.
Oesterr.-Französische	3	309¾ bzG.
do. do. neue	3	295½ bzB.
do. südl. Staatsbahn	3	249⅛ bz
do. neue	3	249 bz
do. Obligationen	5	86⅛ bzG.
Warschau-Wien II.	5	98¼ etbzG.
do. III.	5	97¾ bzB.
do. IV.	5	96 B.

Bank-Discont 4 pr. Ct.
Lombard-Zinsfuss 5 pr. Ct.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1872	1873	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	35½ bz
Berg.-Märkische	6	—	4	96½à7¼ bz
Berlin-Anhalt	17	—	4	142⅞ bz
do. Dresden	5	5	5	66 bz
Berlin-Görlitz	3½	—	4	97 bzG.
Berlin-Hamburg	12	—	4	179 B.
Berl. Nordbahn	5	5	5	29⅝ bz
Berl.-Potsd. Magd.	8	—	4	111 bzB.
Berlin-Stettin	12¾	—	4	159½ G.
Böhm. Westbahn	5	—	5	96¼ B.
Breslau-Freib.	7½	—	4	101¼ bz
do. neue	5	—	5	96⅞ G.
Cöln-Minden	9 7/20	—	4	139a½à¼ bz
do. neue	5	5	5	112 B
Cuxhav. Eisenb.	—	—	6	— —
Dux-BodenbachB.	5	5	5	46 bzG
Gal.Carl-Ludw.B.	7	—	5	101½à¾ bzB.
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	43⅜ bzG.
Hannover-Altenb	5	0	5	46½ bzG.
Kaschau-Oderbrg.	5	5	5	62⅝ bz
Kronpr.Rudolphb.	5	5	5	70½ bzG.
Ludwigsh.-Bexb.	11	—	4	182½ bz
Märk.-Posener	0	0	4	46⅞ bz
Magdeb.-Halberst.	8½	—	4	124¾ bz
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	257⅝ G.
do. Lit. B.	4	4	4	97¼ bzB
Mainz-Ludwigsh.	11 6/10	—	4	146¼ bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98½ G.
Oberschl. A. C. D.	13⅔	—	3½	158⅜ bzG.
do. B.	13⅔	—	3½	141¼ bz
do. neue	—	—	—	149⅜ bzG.
Oester.-Fr. St.-B.	10	—	5	194¾a5¼ bz
Oest. Nordwestb.	5	5	5	113⅞ bzG.
Oester. südl. St.-B.	4	—	5	92¾à3 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	40 bzG.
RechteO.-U.-Bahn	6	—	5	122 bz
Reichenberg-Pard	4½	4½	4½	67½ bzG.
Rheinische	9⅖	—	4	135¾a6¼ bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	31¾ bz
Rumän. Eisenbhn.	3 3/5	—	5	42¼ bzG.
SchweizWestbhn.	1 3/5	—	4	41½ bzB.
Stargard-Posener	4⅓	4½	4½	101⅝ B.
Thüringer	9	—	4	125 bz
Warschau-Wien	10	—	5	81 G.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	104½ bzG.
Berlin. Nordbahn	5	5	5	44½ bzG.
BreslauWarschau	5	0	5	30⅞ bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	67⅛ bzG.
Hannover-Altenb.	5	0	5	69⅞ bzG.
Kohlfurt Falkenb.	5	—	5	77 bzG.
Märkisch-Posener	0	—	5	76¾ bzG.
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	81¾ bzG.
do. Lit. C.	5	5	5	104 bz
Ostpr. Südbahn	0	0	5	73 bzG.
Pomm. Centralb.	5	0	5	22 bzG.
RechteO.-U.-Bahn	6	—	5	121½ bz
Rum. (40% Einz.)	—	8	8	90¼ bzG.
Saal-Bahn	5	5	5	47⅜ bz

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	7½	—	5	61½ bz
Allg.Deut.Hand.G	9¼	—	5	36 G.
Berliner Bank	14	—	4	68 bz
Berl. Bankverein	18	—	5	83½ bzG.
Berl. Kassen-Ver.	29 3/10	—	4	276 bzG.
Berl.Handels-Ges.	12½	—	4	116 bzG.
Berl.Lomb.-Bank.	11¼	—	5	38 G.
Berl.Makler-Bank	11	—	4	100½ bz
Berl.Prod.-Makl.B	8⅛	—	5	104¼ bz
Berl. Wechslerbk.	0	—	5	52¾ bzG.
Braunschw. Bank.	8⅜	—	4	118½ bzG.
Bresl. Disc.-Bank Friedenthal u. Co.	10	—	4	79½ bzG.
Bresl. Handels-G.	9	—	5	66 G.
Bresl.Maklerbank	30	—	5	77 G.
Bresl. Mkl.-Ver.B.	7	—	5	91½ G.
Br. Pr.-Wechsl.-B.	12	—	4	70 B.
Bresl. Wechslerb.	12	—	4	68 B
Centralb. f. Genos.	14	—	4	70½ bzG.
Coburg. Cred.-Bk.	7¼	—	4	73 etbzG.
DanzigerPriv.-Bk.	7	—	4	115 G.
Darmst. Creditbk.	15	—	4	153½ bz
Darmst. Zettelbk.	7	—	4	105 G.
Dessauer	—	—	fr.	— —
Deutsche Bank	8	—	4	79½ bz
DeutscheUnionsb.	9½	—	4	70½ bzG.
Disc.-Com.-A.	27	—	4	164 bz
Genossensch.-Bnk	10⅔	—	fr.	105 G
do. junge	—	—	4	101¾ B.
Gwb.Schusteru.C.	10	—	4	62¾ bzG
Görlitzer Ver.-Bk.	10	—	4	— —
Goth.Grundcred.B	9½	—	4	101¾ B
Hamb.Nordd.Bnk.	13⅝	10 4/5	4	144⅝ bz
do. Vereins-B.	13¾	10 5/9	4	120½ G.
Hannov. do.	6 3/5	—	4	105¼ bzG.
do. Disc.-Bk.	5	—	4	67 bzG.
Hessische Bank	6⅜	—	5	47 bzG.
Königsb. do.	8	—	4	80 B.
Ldw. B. Kwilecki	—	—	4	71 G.
Leip. Cred.-Bank.	15	—	5	142½ G.
Luxemburger do.	12	—	4	115 bzG.
Magdeburger do.	5¾	—	4	104¼ G.
Meininger do.	12	—	4	108⅝ bz
MoldauerLds.Bk.	4	—	4	45 G.
Ndrschl. Cassenv.	15	—	4	23¾ bzG.
Nordd.Grundcr.B.	13¾	—	5	88½ bzG.
Oberlausitzer Bk.	8 3/10	—	4	70 B.
Oest. Cred.-Actien	18¾	—	4	138½a9½b.
Ostdeutsche Bank	8	—	5	74 G.
Ostd.Product.-Bk.	8½	—	4	25 G.
Posener Bank	6½	—	5	107⅞ G.
Pos.Pr.-Wechsl.B.	8	—	4	8 B.
Preuss. Bank-Act.	13½	—	4	188 bz
Pr.Bod.-Cr.-Act.B.	15	—	4½	82⅛ bzG.
Pr. Cent.-Bod.-Cr.	9½	—	4	117¾ bzG.
Pr. Credit-Anstalt	24	—	5	52½ bz
Prov. Wechsl.-Bk.	7½	—	4	90 bzG.
Sächs. B. 60% I. S.	12	—	5	140¾ bzB.
Sächs. Cred.-Bank	13	—	4	73⅞ G.
Schles. Bank-Ver.	14	—	4	113½ B.
Schl. Centralbank	13	—	4	65¾ G.
Schl. Vereinsbank	9	—	5	92 etbz
Thüringer Bank	14	—	5	100 bzG.
Ver.-Bk. Quistorp	10	—	4	11⅝ bz
Weimar. Bank	8	—	fr.	104⅛ bzG.
Wiener Unionbk.	5	—	4	79½ B.
Baugess.Plessner.	14	—	5	61½ bz
Berl.Eisenb.-Bd.A	11½	—	5	148 bzG.
D. Eisenbahnb-G.	0	—	5	42¼ bz
do.Reichs-u.Co.-E.	7¾	—	5	89¾ bzG.
Märk.Sch.Msch.G.	0	—	5	40 bzG.
Nordd.Papierfabr.	8	—	5	74 B.
Westend, Com.-G.	17	—	—	13 etbzG.
Pr.Hyp.-Vers.-Act.	16 4/5	—	4	117¾ B.
Schl. Feuervers.	17½	—	4	165bG.pr.St.
Donnersmarkhüt.	—	—	5	56¾ bz
Königs- u. Laurah.	29	—	5	167 bz
Lauchhammer	9	—	5	75 bzG.
Marienhütte	14	—	5	83¼ bzG.
Minerva	—	—	5	5⅜ G.
Moritzhütte	—	—	5	69 G.
OSchl.Eisenwerk.	11	—	5	39 bzB.
Redenhütte	10	—	5	45½ bzG.
Schl.Kohlenwerk.	9	—	5	89 bz
Schles.Zinkh.-Act.	8	—	5	91½ bz
do. St.-Pr.-Act.	8	—	4½	95⅜ bz
Tarnowitz. Bergb.	20	—	5	108½ bz
Vorwärtshütte	8	—	5	57¾ bz
Baltischer Lloyd	0	—	5	33½ bz
Bresl. Bierbrauer.	—	0	5	28¾ B.
Bresl. E.-Wagenb.	7½	—	5	58 B.
do. ver.Oelfabr.	10	—	5	69½ bz
Erdm. Spinnerei	9	—	5	55 bzG.
Görlitz.Eisenb.-B.	0	—	5	43¾ G.
Hoffm'sWag.-Fab.	6	—	5	51¼ G.
O.Schl. Eisenb.-B.	14	—	5	79⅝ bzG.
Schles.Leinenind.	9	—	5	99½ G.
S.Act.Br.(Scholtz)	—	0	5	30 B.
do. Porzellan	7	—	4	79⅜ bzB.
Schl. Tuchfabrik	—	—	4	23 bzB.
do.Wagenb.-Anst.	9	—	4	46¾ bzG
Schl.Wollw.-Fabr.	10	—	4	25½ bz

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 6. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 118⅛. Pariser do. 93¾. Wiener do. 103½. Franzosen*) 341½. Hess. Ludwigsb. 145¼. Böhm. Westbahn 225½. Lombarden*) 162. Galizier 238. Elisabethbahn 217¼. Nordwestbahn 199. Elbthalbahn —. [illegible] Oregon 18. Creditactien*) 243. Russ. Bodencredit 86¼. Russen 1872 94¾. Silberrente 65⅝. Papierrente 61¾. 1860er Loose 93¼. 1864er Loose 157¾. Ung. Schatzw. 87⅛. Raab-Grazer 78¾. Amerikaner de 1882 98¼. Darmstädter Bankverein 385. Deutsch-österr. 83¼. Prov.-Disconto-Gesellschaft 87¼. Brüsseler Bank 101⅜. Berl. Bankverein 82⅝. Frankf. Bankverein 85. do. Wechslerbank 81½. Nationalbank 1010. Meininger Bank 109. Hahn Effectenbank 115. Continental 88⅞. Südd. Immobilien-Gesellschaft —. Hibernia 92¾. 1854er Loose —. Schiff'sche Bank —. Oberhessen —. Rockford 17¼. Rhein-Nahe-Bahn —.

Schluß sich befestigend, Credit und Franzosen belebt, Fonds gesucht, Bahnen, Banken still, von Bergwerken Harzer gesucht, andere matter.

Nach Schluß der Börse: Sehr fest. Creditactien 243½. Franzosen 341½. Lombarden 162¾. Silberrente 65 15/16.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 6. Februar, Abends. [Effekten-Societät.] Creditactien 244¼, Franzosen 341¾, Lombarden 162¼ Gd., Galizier 238, Silberrente 65 15/16, Bankactien —, Böhm. Westbahn —, Elisabethb. —, 1860er Loose 93½, Amerikaner —, Provinzial-Disconto-Gesellschaft —, Ungar-Loose —, Franz-Josefs-Bahn —, Rhein-Nahe-Bahn —, Cöln-Minden-Loose —, Deutsch-österrerreichische Bank —, Baseler Bank —. — Fest.

Hamburg, 6. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Präm.-Anleihe 105. Silberrente 66⅛. Oesterreich. Creditactien 209¼. dto. 1860er Loose —. Nordwestbahn —. Franzosen 731. Lombarden 347. Italienische Rente 59. Vereinsbank 120⅞. Laurahütte 167. Commerzbank 88½. dto. II. Emis. —. Norddeutsche Bank 145¼. Provinzial-Disconto-Bank —. Anglo-deutsche Bank 61. dto. neue 74¾. Dänische Landmannbank —. Dortmunder Union 74. Wiener Unionbank —. 64er Russ. Prämien-Anleihe —. 66er Russ. Prämien-Anleihe —. Amerikaner de 1882 94. Köln-M.-St.-Actien 139. Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 136. Bergisch-Märkische 97. Disconto 3¾ pCt. — Fest.

Wechselnotirungen: London lang 20, 13 Br., 20, 07 Gd., London kurz 20, 32 Br., 20, 24 Gd., Amsterdam 169, 10 Br., 168, 30 Gd. Wien 176, 50 Br., 174, 50 Gd., Paris 79, 50 Br., 79, 10 Gd., Petersburger Wechsel 271, 50 Br., 269, 50 Gd., Frankfurt a. M. 170, 30 Br., 169, 70 Gd.

Hamburg, 6. Februar. [Getreidemarkt.] Weizen loco weniger flau, auf Termine fest. Roggen loco flau, auf Termine still. Weizen pr. 126 Pfd. pr. Februar pr. 1000 Kilo netto 250 Br., 248 Gd., pr. Februar-März pr. 1000 Kilo netto 250 Br., 248 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 265 Br., 264 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo netto 266 Br., 265 Gd. — Roggen pr. Februar 1000 Kilo netto 194 Br., 192 Gd., pr. Febr.-März 1000 Kilo netto 194 Br., 192 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 190 Br., 189 Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 191 Br., 190 Gd. — Hafer und Gerste fest. Rüböl still, loco 62, pr. Mai 63½, pr. October pr. 200 Pfd. 65. — Spiritus fest, pr. Februar 54, pr. April-Mai 55, pr. August-Sept. per 100 Liter 100% 58. Kaffee sehr ruhig; Umsatz 2000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 13, 60 Br., 13, 40 Gd., pr. Februar 13, 40 Gd., pr. August-Decbr. 15, 65 Gd. — Wetter: Schön.

Hamburg, 6. Februar. [Abendbörse.] 8 Uhr 30 Min. Oesterr. Silberrente 66¼. Amerikaner 94⅛. Italiener —. Lombarden 349, 50. Oesterr. Credit-Actien 209, 75. Oesterr. Staatsbahn 733, —. Oesterr. Nordwestb. —. Anglo-Deutsche B. —. junge —. Hamb. Commerz- u. Disc.-Bank —. Rhein. Eisenb.-St.-Actien —, —. Berg.-Märk. 97¼. Köln-Mindener —, —. Laurahütte 167, 12. Dortmunder Union 74¾. Norddeutsche —, —. Packetfahrt —. Transatlantische —. Anfangs fest, dann matter, Schluß fester.

Liverpool, 6. Februar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Stetiger. Tagesimport 8000 Ballen, davon 3000 B. amerikanische.

Liverpool, 6. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 B., davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Fester. Schwimmende 1/16 höher.

Middl. Orleans 8¾, middl. amerikanische 7¾, fair Dhollerah 5, middl. fair Dhollerah 4⅝, good middl. Dhollerah 4¼, middl. Dhollerah 3⅞, fair Bengal 3⅞, fair Broach 5⅛, new fair Oomra 5⅛, good fair Oomra 6⅛, fair Madras 5½, fair Pernam 8⅜, fair Smyrna 6⅞, fair Egyptian 8⅝.

Orleans nicht unter low middling Februar-März-Verschiffung 8 1/16, Upland nicht unter good ordinary März-April-Verschiffung 7⅞ D.

Baumwollen-Wochenbericht: Schwimmend nach Großbritannien 445,000, davon amerikanische 341,000 B.

Manchester, 6. Februar, Nachmittags. 12r Water Armitage 8¾, 12r Water Taylor 10½, 20r Water Micholls 12⅛, 30r Water Gidlow 13⅞, 30r Water Clayton 14, 40r Mule Mayoll 12⅞, 40r Medio Wilkinson 14¼, 36r Warpcops Qualität Rowland 13¾, 40r Double Weston 14¼, 60r Double Weston 17, Printers 16/16 34/50 8½pfd. 123. Mäßiges Geschäft, Preise fest.

Petersburg, 6. Februar, Nachmittags 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 Mt. 32 13/16. do. Hamburg 3 Mt. 276⅞. do. Amsterdam 3 Mt. 162 15/16. do. Paris 3 Mt. 345⅞. 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 165¾. 1866er Prämien-Anleihe (gestplt.) 165¾. ½ Imperials 5, 98½. Große Russische Eisenbahn 144. Internationale Bahn I. Emission —. do. II. Emission —.

Petersburg, 6. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 46½, per August 46½. Weizen pr. Mai 14¼. Roggen loco 7, 90; per Mai 8, 25. Hafer per Mai-Juni 4, 90. Hanf per Juni —. Leinsaat (9 Pud) pr. Mai 14. — Wetter: Frost.

Liverpool, 6. Februar. [Getreidemarkt.] Weizen 1—2 D. niedriger. Mehl flau, Mais stetig.

Amsterdam, 6. Februar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht). Weizen geschäftslos, pr. März 386, pr. Mai 384. Roggen loco unverändert, pr. März 234, per Mai 233½, per October 217½. Raps per October 385 Fl. Rüböl loco 35, pr. Mai 35¾, pr. Herbst 37⅝. Wetter: Trübe.

Antwerpen, 6. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, dänischer 37. Roggen fest. Hafer vernachläßigt. Gerste stetig.

Antwerpen, 6. Februar. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß, loco und pr. Februar 33 bez., 33½ Br., pr. März 33½ bez. u. Br., pr. September 37½ Br., per Septbr.-December 38 Br. Fest.

Bremen, 6. Februar. Petroleum sehr fest, Standard white loco 14 Mk. Br., 13 Mk. 75 Pf. Gd.

Glasgow, 6. Februar. [Roheisen.] Mixed numbers warrants 100 Sh. 9 D.

* **[Der werthvolle literarische Nachlaß]** des Fürsten Hermann von Pückler-Muskau, sowie der Schluß der Biographie desselben von Ludmilla Assing wird im Verlage von Wedekind & Schwieger in Berlin demnächst veröffentlicht werden.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.